Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags, größere Tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 12. | Freitag den 15 Januar 1904. | 11. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote.“

Berlin, den 13. Januar 1904.

Der Reichstag trat in seiner Mittwochssitzung sogleich in die Besprechung der Interpellation Auer und Genossen betr. Maßregeln gegen die Wurmkrankheit ein und füllte mit dieser Debatte, wie vorauszusehen war, die ganze mehr als fünfstündige Sitzung aus. Das Haus, das abgesehen von den schon gegen 5 Uhr völlig leeren beiden Segmenten der äußersten Rechten gut besetzt war, erlahmte auch nicht in seinem Interesse. Das lag einerseits natürlich an der Bedeutung des Gegenstandes, dem Wohl und Wehe, der Gesundheit hunderttausender von deutschen Arbeitern, andererseits an der Schärfe und Frische der Diskussion, die durch den regen Eifer von sechs Reichstags-Neulingen belebt wurde. Je weiter die Sitzung vorrückte, um so lebhafter wurde es, und zum Schluß kam es zu einem recht scharfen Zusammenstoß zwischen unsern Genossen und dem nationalliberalen Hospitanten Dr. Becker, der bekanntlich unseren Genossen Ulrich in Offenbach verdrängt hat. Ueberhaupt war die ganze Sitzung wieder ein großer Zweikampf, auf der einen Seite geführt von den Vorkämpfern der Arbeiterklasse, auf der andern Seite von denen der Unternehmer und der Regierung. Auf der Tagesordnung der Donnersitzung stehen die nationalliberalen Interpellationen, eine über Zeugniszwang, die andere über die selbständige Versicherung der Handwerker.

10. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf von Posadowsky, Möller.

Die Besprechung der Interpellation Auer und Gen. (SD.) betreffend Maßregeln gegen die Wurmkrankheit wird fortgesetzt.

Stötzel (Z.) [auf der Tribüne schwer verständlich] erklärt dem Abg. Sachse gegenüber, das Zentrum habe sich im Vorjahre anläßlich des sozialdemokratischen Antrages auf Beschaffung von Mitteln gegen die Wurmkrankheit nicht erhoben, weil bei der Unruhe im Saale nicht verstanden wurde, um was es sich bei der Abstimmung handelte. Ueber die Entstehung der Wurmkrankheit ist man sich bis heute noch nicht klar geworden. Meines Wissens trat sie in den achtziger Jahren zum ersten mal auf, doch wurde ihr anfangs weder seitens der Behörden, noch seitens der Aerzte jene Bedeutung beigelegt, die ihr gebührte. Das Abtreiben des Wurmes ist eine Pferdekur. Das beste Mittel zur Verhinderung der Weiterverbreitung der Krankheit ist die Reinlichkeit. Zu diesem Zwecke sind in den Gruben Abortkübel aufgestellt worden, doch werden diese von den Arbeitern nicht immer benutzt, was begreiflich erscheint, wenn man bedenkt, daß die Arbeiter oft erst mehrere hundert Meter bis zum nächsten Kübel laufen müssen. Die Belastung der Arbeiter durch die Wurmkrankheit ist doch recht schwer. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Arbeiter verlieren den Lohn und sind während der Krankheit auf das Krankengeld angewiesen. Es würde sich vielleicht empfehlen, die Wurmkrankheit nicht als Berufskrankheit, sondern als Betriebsunfall anzusehen. Dazu bedarf es natürlich gesetzlicher Bestimmungen. Wir wünschen, daß die Regierung alles Mögliche tut, um diese Krankheit auszurotten, wir fordern aber auch volle Entschädigung für die Betroffenen und weiter, daß die Regierung die nötigen Maßregeln ergreifen möge. und zwar recht bald. (Beifall im Zentrum.)

Hué (SD.): Die Wurmkrankheit bedroht nicht nur den Bergmann, sondern auch die Leistungsfähigkeit des Bergbaus im allgemeinen, sie schädigt seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Hierin besteht die nationale Gefahr der Wurmkrankheit. Herr Möller nennt zwar auch die Krankheit eine sehr ernste Gefahr, aber er schätzt die Opfer viel zu gering ein. Weiter behauptet Herr Möller, die Wurmkrankheit sei erheblich zurückgegangen. Das ist nicht richtig. Nicht einmal die gefährliche Trockenlegung der Gruben hat diesen Erfolg gezeitigt. Herr Stötzel hat sich über die Angriffe meines Freundes Sachse gegen das Zentrum beschwert; man kann es uns aber nicht verdenken, wenn wir die Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums bezweifeln. Schon seit Jahren gebraucht die Regierung dieselben Ausflüchte. Die getroffenen Maßregeln seien zweckmäßig und wirksam. Aber damit suchten uns die amtlichen Zeitungen schon 1897 zu vertrösten, während die erste Regierungsverordnung erst 1900 erschien. Und jetzt hat also der Minister Möller selbst zugegeben, daß die Verordnung vom Jahr 1900 unwirksam war. Und da sollen wir heute den beschwichtigenden Erklärungen der Minister noch Wert beilegen? Der Minister hat den Bergarbeiterverband aufgefordert, aufklärend zu wirken. Aber wie sollen wir das tun, wenn uns die Säle abgetrieben, die Versammlungen selbst mit Aerzten als Referenten verboten werden? Der Polizeikommissar von Gelsenkirchen berichtet amtlich an die Regierung, Leute wie Hue hätten an dem Auftreten dieser gefährlichen Krankheit ihre Freude; sie sei ihnen willkommener Agitationsstoff. (Hört! hört! b. d. Soz.) Wo tausende meiner Freunde und Bekannten leiden, sollte ich mich freuen? Solch ein Vorwurf ist Zeichen einer außerordentlich niederträchtigen Natur. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Wären wir Westfalen nicht so kaltblütig, dann würde es zu lebhaften Szenen kommen. Meinem Kollegen Sachse ist indirekt vom Bundesratstisch der Vorwurf gemacht worden, daß er Aufregung unter die Bergarbeiter trage. Tatsächlich hat aber Sachse im vorigen Jahre durch seine rastlose Tätigkeit verhindert, daß im Ruhrrevier wegen der Wurmkrankheit ein großer Bergarbeiterstreik ausgebrochen ist, der sich sicher auf die andern Gebiete ausgedehnt haben würde. Graf Posadowsky hat behauptet, daß 50 Prozent der Bergleute in außerpreußischen Gruben untersucht und daß nur 4 bis 6 Fälle in Sachsen und 4 Fälle in den anderen Distrikten von Wurmkrankheit konstatiert worden seien. Nach unsern Ermittelungen sind die Informationen des Grafen Posadowsky falsch. (Hört! hört! b. d. Soz.) In Sachsen sind kaum 100 Bergarbeiter auf Wurm untersucht worden, in Niederschlesien, Oberschlesien, in der Pfalz ist von den Untersuchungen der Belegschaften so gut wie nichts bekannt, ebenso wenig in Elsaß-Lothringen, obwohl dort verseuchte italienische Bergarbeiter arbeiten. Das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Seuche ist die Sauberkeit der Gruben; was geschieht nun in dieser Hinsicht? Die Abortkübel sind vorgeschrieben, zum großen Teil aber fehlen sie trotzdem, oder sie sind unbenutzbar, weil sie nicht in der vorgeschriebenen Weise gereinigt werden. (Hört! hört! b. d. Soz.) Vor allem müßte der Schmutz aus den Gruben heraus, wenn die Krankheit wirksam bekämpft werden soll. Herr Möller sagte, die Seuche sei wohl im Anfang nicht mit dem richtigen Ernst behandelt worden. Genau so steht es aber noch heute, behauptet man doch in einzelnen Bezirken, daß die Krankheit so gut wie verschwunden sei. Wo aber ein Kranker ist, da finden sich mehrere und wo ein wurmbehafteter Kot abgesetzt ist, da ist unter Umständen die ganze Grube verseucht. Die Bergbehörde in ihrer jetzigen Organisation hat sich als unfähig erwiesen, die Seuche wirksam zu bekämpfen, unserer Forderung aber, man solle Arbeiter zur Kontrolle in den Gruben heranziehen, ist man seitens der Bergwerksbesitzer mit Hohn und Spott, seitens der Behörden mit glatter Ablehnung begegnet. Die Untersuchungen, die vorgenommen sind, sind sehr problematischer Natur. Die Abtreibung des Wurms wirkt zwar, aber der Mann kann am nächsten Tage wieder verseucht sein und durch die wiederholte Kur wird die Gesundheit der Leute total zerrüttet. Zum mindesten sollte man die Leute nicht noch materiell schädigen, und ihnen, wenn sie über Tage angelegt werden, nicht einen geringeren Lohn zahlen, wie das heute geschieht. Es ist empörend. daß die Bergleute, die bei einer Hitze von 30 Grad zehn bis zwölf Stunden arbeiten müssen, kein Trinkwasser erhalten. Sie trinken dann von dem oft aus Sumpfwasser bestehenden Berieselungswasser und außer dem Wurm bekommen sie dann den Typhus, der ja in Oberschlesien kaum noch ausstirbt. Die Wurmkrankheit ist keine Berufskrankheit, sondern eine Seuche. Der Bergmann schleppt den Ansteckungsstoff, der im Schmutz seiner Kleider steckt, in die elenden Wohnungen, denn zur Reinigung seines Körpers fehlen ihm meist die notwendigen Badeeinrichtungen. Weder Graf Posadowsky noch Herr Möller haben die Fragen meines Freundes Sachse beantwortet, ob man weiter experimentieren will auf Kosten der Arbeiter, um eine Krankheit zu bekämpfen, an der nur die Arbeitgeber durch Einführung ausländischer verseuchter Arbeiter Schuld haben. Die Hoffnung der Minister, der Seuche bald Herr zu werden, teile ich nicht. Geht man doch aus Gründen des Chauvinismus so weit, die fremdländischen Arbeiter nicht in ihrer Muttersprache über den Inhalt der Verordnungen zu unterrichten, die gegen die Wurmkrankheit erlassen sind. Und dabei werden die Bergarbeiter bei jeder Zuwiderhandlung bestraft; bei den Werkbesitzern, die Tausende von Leben gefährden, habe ich noch nicht von einer einzigen Bestrafung gehört. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn der Minister ernstlich gegen die Seuche vorgehen will, warum erfüllt er nicht endlich den Wunsch nach Arbeiterinspektoren? Fürchtet er den Terrorismus der Unternehmer gegen sie? Das wäre in der jetzigen Zeit, wo man so viel vom Terrorismus spricht, ein wertvolles Zugeständnis. — Der Minister unterschätzt die Lebensfähigkeit des Wurms, der nicht nur bei 22 Grad Wärme, sondern selbst im Eise fortlebt. Jetzt hat man durch einen Beschluß der Knappschaftskasse in Bochum, der gegen die 13 Arbeiterstimmen gefaßt worden ist — drei sind natürlich umgefallen — versucht, den Arbeitern ihr Jahrhunderte altes Pensionsrecht zu nehmen. Da sollte das Ressort, welches irgendwelche Maßregeln gegen die Krankheit anordnet, gleich die Entschädigung der Betroffenen auf sich nehmen. Abg. Stötzel wies auf die Zuschüsse zum Krankengeld hin und nannte sie „Wohltaten“. Die Bergarbeiter, auch die christlichen, meinen aber, daß es sich hier um das gute Recht der Arbeiter handelt. Statutenwidrig hat man in Anwesenheit des behördlichen Vertreters beschlossen, den Invaliden auch noch die Kosten für das Heilverfahren aufzubürden. Da hat der behördliche Vertreter nicht gemuckst. In der vorigen Woche aber, als die Arbeitervertreter einen Plan zur Verwendung von Knappschaftsgeldern ablehnten, beschimpfte dieser Oberbergrat die Arbeiter als unfähig zur Verwaltung. Ich würde dem Herrn hier gesagt haben, daß er ein sehr unverschämter Geselle ist. (Unruhe rechts.) Wir haben im vorigen Jahre vorgeschlagen, das Reich solle Mittel gegen die Wurmkrankheit bewilligen. Dazu waren wir auf Grund des Seuchengesetzes berechtigt. Das bakteriologische Institut ist jetzt nicht einmal in der Lage, genügend viele Knappschaftsärzte zur bakteriologischen Erkennung der Wurmkrankheit auszubilden. Die geschädigten Bergleute müssen unbedingt von Reichswegen entschädigt werden. Es wird sich vielleicht Gelegenheit finden, in das Ressort des Reichsamtes des Innern einen Posten zur Unterstützung der durch die Wurmkrankheit geschädigten Leute einzustellen. Wenn die Krankheit von autoritativer Stelle als eine Berufskrankheit anerkannt wird, so wird es auf die einfachste Weise möglich sein, den Leuten eine Unfallrente zu gewähren. Die Halbverseuchten, nicht eigentlich Kranken, müssen auf Grund des Invalidengesetzes einer Heilanstalt überwiesen und natürlich auch ihre Angehörigen unterstützt werden. Das wichtigste Mittel aber zur Bekämpfung nicht nur der Wurmkrankheit. sondern des ganzen körperlichen Elends der Bergarbeiter ist die Herabsetzung ihrer Arbeitszeit auf 8 Stunden. Plötzlich wird sie nicht vorzunehmen sein, das muß ich als Sachverständiger besonders im Hinblick auf das idyllische Oberschlesien mit seiner zwölfstündigen Arbeitszeit zugeben, aber der Anfang muß doch endlich einmal gemacht werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Minister sollte die Behörden wenigstens anweisen, die grandiosen Ueberschichten nicht zu genehmigen, wie sie jetzt üblich sind. Auch sollte der bureaukratische Zopf abgeschnitten werden, Anordnungen zu erlassen, ohne zu fragen, ob es dem Bergarbeiter bei seinen Arbeitsbedingungen möglich ist, sie zu befolgen. Sonst treibt sie den Armen ins Elend hinein und läßt ihn schuldig werden. Wir haben Vorschriften, die stilistisch wirklich sehr hübsch sind; es kümmert sich aber eben niemand um ihre Durchführung. Wir verlangen weiter die Einstellung von Grabenkontrolleuren aus den Kreisen der Bergarbeiter. Wir haben eine sehr intelligente Arbeiterschaft. Mit aller Energie protestiere ich dagegen, daß wir die Absicht haben, eine solche Einrichtung parteipolitisch auszunützen, wie im preußischen Abgeordnetenhause behauptet wird. Hier handelt es sich um den Schutz von Hunderttausenden. Wer da daran denkt, eine solche Einrichtung parteipolitisch auszubeuten, ist eine verworfene Natur. Fortdauernd werden ausländische Bergarbeiter aus wurmverdächtigen Revieren von den Agenten der Zechen nach Deutschland verschleppt. Sind sie wurmkrank, so werden sie über Tag beschäftigt und dann auf Kosten der einheimischen Arbeiter, die die Gelder in den Knappschaftskassen aufbringen müssen, in Krankenhäusern geheilt. Nach ihrer Heilung werden sie dann unter Tag beschäftigt. Der einheimische wurmkranke Arbeiter aber wird entlassen. Unter diesen Umständen müssen wir gegen die weitere Einschleppung fremder Arbeiter protestieren. — Einmal haben wir das Ruhrrevier vor einem Streik bewahrt, einmal haben wir die erregten Gemüter beruhigt. Wenn aber jetzt wieder nichts Ernstliches zur Bekämpfung der Wurmkrankheit geschieht, dann können wir keine Verantwortung, keine Bürgschaft für das, was kommen wird, übernehmen. (Lebh. Beifall b. d. Sozialdemokraten.)

Preußischer Handelsminister Möller: Der Vorredner hat trotz seiner Versicherung, daß er nicht agitatorisch reden wolle, gegen Ende seiner Ausführungen in erheblicher Weise agitatorisch gesprochen. Herr Hue hat bestritten, daß eine Abnahme der Krankheit eingetreten sei. In 7 bis 8 Monaten sind von 77 000 Mann 60 Proz. wurmfrei geworden. Das ist doch ein erheblicher Rückgang. Ich habe ihn gestern ersucht, mir wenn er etwas Besseres vorzubringen hat, sein Rezept zu geben. In seiner heutigen Rede war von einem solchen Rezept nichts zu spüren. Ich behaupte, daß nirgends anders energischer vorgegangen wird, wie bei uns. Sogar im Auslande hat man dies anerkannt. Das Sterblichkeits- und Invaliditätsverhältnis muß als sehr günstig bezeichnet werden, da mir amtlich bisher kein Todesfall und nur 3 Invaliditätsfälle bekannt geworden sind. Nichtsdestoweniger liegt eine ernste Gefahr für die Leistungsfähigkeit unserer Arbeiter vor. Wenn wir nicht mit äußerster Energie vorgegangen wären, binnen Jahresfrist wären die Belegschaften aller heißen und fettigen Gruben ergriffen worden. Ich anerkenne, daß die „Bergarbeiterzeitung“ erheblich zur Bekämpfung der Seuche beigetragen hat, allein sie hat auch die Wurmkrankheit zu agitatorischen Zwecken ausgenützt. Herr Hue behauptete, im Jahre 1897 zuerst auf die Seuche aufmerksam gemacht zu haben, die erste amtliche Verordnung aber stammt aus dem Jahre 1896. Der Vorredner hat uns auch ein gräßliches Bild von dem ansteckenden Schmutz entrollt. Ein englischer Arzt aber, der das Ruhrrevier bereist hat, konnte nicht genug staunen über die vorzüglichen, in England nirgends existierenden Badeeinrichtungen. (Hört! hört! rechts). Die Untersuchungen sind den Arbeitern vielfach unbequem geworden, haben aber auch den Werkbesitzern ganz enorme Kosten verursacht. In Summa wurden von den Bergwerkbesitzern zur Bekämpfung der Wurmkrankheit 200 000 Mk. aufgewendet. Eine der größten unserer Bergwerksgesellschaften hat für Aborte und Desinfektion 297 225 Mk. und als Anteil an den Kosten zur Bekämpfung der Krankheit 114 399 Mark also im Ganzen 411 624 Mark ausgegeben. Das sind Leistungen, wie sie in keinem anderen Lande vorkommen, wie wir ja bekanntlich auf allen Gebieten der Sozialpolitik allen Ländern der Welt mit Siebenmeilenstiefeln vorauseilen. (Lachen b. d. Soz.) Daher liegt kein Grund zu den Angriffen des Herrn Hue vor, ich fühle mich vollständig ruhig in dem Bewußtsein meine Pflicht und Schuldigkeit getan zu haben. Herr Sachse hat sich über das Verbot beschwert, das den Aerzten untersagt, den Arbeitern Vorträge über die Seuche zu halten. Wahrscheinlich wurde in diesen Versammlungen agitatorisch und nicht sachlich diskutiert. Herr Hue beklagte den Mangel von Aborten in den Gruben. Tatsächlich kommt in Westfalen auf je 12, ja schon auf 4 Arbeiter ein Abort. Herr Hue verlangte die Zuziehung von Arbeitervertretern zur Kontrolle der Gruben. Ich bestreite, daß dies notwendig ist. Herr Hue meinte, daß die Geheilten bald wieder

infiziert sein würden. Er müßte doch wissen, daß durch die Eier an sich eine Fortpflanzung der Krankheit nicht möglich ist, sondern nur durch die Larven. (Hue: Habe ich auch gesagt!) Diese Larven können sich nur in einer Wärme von mindestens 22 Grad entwickeln. Auch über die Weigerung, die bergpolizeilichen Verordnungen in fremder Sprache zu erlassen, hat sich Herr Hue beklagt. In welchem Lande der Welt werden polizeiliche Verordnungen in anderer als der Landessprache erlassen? (Zurufe bei den Soz.) Ich behaupte, daß dies nirgendwo vorkommt. Herr Hue hat auch die Werksbesitzer ungehörigerweise angegriffen, indem er behauptete, sie mißachteten in frivoler Weise die bergpolizeilichen Vorschriften. Er unterschätzt denn doch die Bergbehörden in Preußen. Diese sitzen den Bergwerkseigentümern in einer Weise auf dem Nacken mit Verordnungen, wie das sonst nirgends in der Welt geschieht. (Lebh. Unruhe b. d. Soz.) Herr Hue hat einen Oberbergrat einen unverschämten Gesellen genannt. Das sind Ausdrücke, wie sie im Parlamente über einen königlichen Beamten noch nicht gehört worden sind. (Sehr gut! rechts.) Der Vorwurf, daß nicht genügend für Trinkwasser gesorgt wird, ist ungerechtfertigt. Ueberall Wasserleitungen in den Gruben einzuführen, würde undurchführbar sein. Herr Hue machte auch die Arbeitszeit geltend und meinte, die Arbeiter würden durch die Ueberarbeit empfänglicher für die Wurmkrankheit. Das trifft wohl nicht zu. Uebrigens werden im Dortmunder Revier wenig über anderthalb Schichten pro Monat und Kopf an Ueberschichten gemacht. Fest steht, daß 21 Proz. der Arbeiter in Westfalen nur 6 Stunden arbeiten. Mit dieser Arbeitszeit marschieren wir an der Spitze der ganzen Welt. Ich weiß nicht, ob in Australien die Arbeiter etwas mehr erreicht haben, als in Deutschland. Sie (zu den Soz.) haben also keine Ursache sich zu beschweren. In ihren schwersten Folgen haben wir die Krankheit gebrochen, aber wir werden noch Jahre brauchen, um sie auszurotten. Jetzt existieren nur noch Wurmbehaftete, die nicht eigentlich krank sind, aber für ihre Mitmenschen eine Gefahr bilden. Diese müssen wir, so leid es uns tut, von der unterirdischen Arbeit ausschließen. Die Frage der Pensionsberechtigung will ich jetzt nicht erörtern.

Geh. Obermedizinalrat Prof. Dr. **Kirchner**: Die Wurmkrankheit stellt sich als eine Berufskrankheit dar, nur in einem einzigen Falle wurde ein Kind von der Krankheit ergriffen. Der Redner bestreitet, daß ein Ei, nachdem es sechs Tage im Eisschrank gelegen, noch lebensfähig sein könnte. (Hue widerspricht.) Die Untersuchung bei Neuanlegungen ist für die Bergleute zweifellos unangenehm, aber notwendig. Ich war vor einiger Zeit in Dortmund, habe mit zahlreichen Bergarbeitern gesprochen, aber nicht gefunden, daß die Leute durch die Untersuchung beunruhigt wären. Die Behandlung der Krankheit ist sehr schwierig, denn die Würmer saugen sich an der Darmhaut fest. Da wir kein besseres Mittel als den Farrenkrautextrakt kennen, müssen wir dieses anwenden. Die Desinfektion der Zechen hat keinen sonderlichen Vorteil, denn der Wurm widersteht allen Desinfektionsmitteln. Die Aufstellung von Trinkwasserbrunnen in den Gruben kann gefährlich werden, da die Arbeiter das Wasser mit Gefäßen ausschöpfen würden, die vorher vielleicht im Schmutz gestanden und infolge dessen mit Larven behaftet sind. Die schlimmen Folgen für die Arbeiter sind gewiß enorm, aber man soll die Erregung nicht vergrößern. Heute ist die Zahl der wirklich Kranken nur noch sehr gering; schreiten wir auf dem betretenen Wege fort, so werden diese Kranken hoffentlich ganz verschwinden. Verzichten Sie (zu den Sozialdemokraten) darauf, uns Vorwürfe zu machen, kommen Sie uns mit Vertrauen entgegen und lassen Sie uns Schulter an Schulter vorgehen. (Beifall rechts und im Zentrum.)

Dr. **Hoeffel** (Rp.): Für die notwendigen Untersuchungen sollten die Betriebskrankenkassen aufkommen. Daß die Unternehmer sie bezahlen sollen, dafür fehlt der Grund. (Zu den Sozialdemokraten:) Sie haben ja viel Gelegenheit, die Arbeiter aufzuklären. Tun Sie es, machen Sie Ihnen klar, daß alles zu ihrem besten geschieht und wirken Sie mit uns dahin, daß diese gefährliche Krankheit möglichst bald zurückgedrängt wird.

Westermann (NL.) erklärt, die Erregung, die im Vorjahre im Ruhrrevier unter den Arbeitern geherrscht hat, war nicht eine Folge der Untersuchungen, sondern ist zurückzuführen auf die parteipolitischen Treibereien. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Als Vertreter des Wahlkreises, in dem der Bergbau sehr bedeutend vertreten ist, sehe ich mich veranlaßt, gegen die Angriffe, die die Sozialdemokraten gegen die Werksbesitzer erhoben, auf das energischste zu protestieren. Der Minister hat bereits ausgeführt, welche Mittel von den Werksbesitzern zur Bekämpfung der Seuche freiwillig aufgeboten wurden. Es ist unmöglich, den Werksbesitzern die Ausbreitung derselben in die Schuhe zu schieben. Man hat eben allgemein erst 1901 erkannt, daß das damalige System der Bekämpfung der Krankheit unzulänglich war. Eine gewisse Schuld an der Verbreitung der Seuche trifft auch die Bergbehörde selbst, weil sie anfangs nicht genügend für die Durchführung der Polizeiverordnung von 190[illegible] gesorgt hat. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Das liegt aber jetzt hinter uns. Die Heranziehung der Arbeiter zur Kontrolle wünschen weder die Bergwerksbesitzer noch auch ein großer Teil der Arbeiterschaft selbst. Die Arbeiter haben wiederholt erklärt, daß sie durchaus keine Vermehrung der Grubenaufsicht wünschen. (Rufe bei d. Sozialdemokraten: Durch Polizeibeamte!) Von einer Beschränkung der Freizügigkeit ist gleichfalls keine Rede. In der letzten Zeit war der Belegschaftswechsel genau so groß, wie früher. Ein Erlaß der Verordnungen in polnischer Sprache ist überflüssig, denn die polnischen Arbeiter verstehen die deutsche Sprache sehr gut. Wir können nicht dulden, daß in einer durchaus deutschen Gegend ein polnischer Staat im Staate errichtet wird. (Bravo bei den Nationalliberalen.)

Dr. **Mugdan** (FVp.): Herr Sachse hat es bedauert, daß die Bekämpfung der Wurmkrankheit nicht nach den Bestimmungen des Reichsseuchengesetzes vor sich gegangen ist. In diesem Falle wäre eine Beschränkung der persönlichen Freiheit der Arbeiter und ihre finanzielle Belastung noch weit größer gewesen als heute. Ich muß anerkennen, daß die preußische Regierung seit einigen Jahren mit aller Entschiedenheit bemüht war, die Krankheit zu bekämpfen, und daß die Erfolge nicht gering gewesen sind. Zweifellos aber hätten die Abwehrmaßregeln weit früher getroffen werden müssen. (Sehr richtig! links.) Man hat 5 bis 6 Jahre verstreichen lassen, ehe man energisch vorgegangen ist. Jedenfalls wäre zur Bekämpfung der Seuche die vollkommenste Einrichtung der Bergreviere nach den neuesten Erfahrungen der Technik und Hygiene notwendig. Redner spricht sich für die Einführung verschließbarer Trinkwassertonnen aus und stimmt auch den Abgg. Hue und Sachse bezüglich der Arbeiterkontrolleure in den Gruben bei. Hätte man früher Vertrauensmänner der Arbeiter herangezogen, so wäre viel Unruhe in der Arbeiterbevölkerung vermieden worden. (Sehr richtig! links.) Ich bin überzeugt, daß die Zechenverwaltungen alles Mögliche getan haben, um der Seuche Einhalt zu tun. In ihrem eigenen Interesse dürften sie so gehandelt haben. Ohne wirksamen Zuschuß scheint mir aber der Sieg über die Wurmkrankheit nicht möglich. Namentlich für jene Arbeiter, die durch eine Kur von der Wurmkrankheit geheilt sind, aber zweckmäßig ein halbes Jahr nicht unter Tag arbeiten sollen, da sie sonst von neuem krank werden und die Seuche verschleppen, muß von Staatswegen gesorgt werden. Denn weder die Knappschaftsvereine, noch die Krankenkassen, noch auch die Zechenverwaltungen ersetzen ihnen ihren Verlust an Arbeitsverdienst. Auch für jene Personen, die nicht geheilt sind, sich aber doch gesund fühlen, als Bergleute aber erwerbsunfähig sind, müßte der Staat Mittel flüssig machen, um sie in absehbarer Zeit einer zusagenden Beschäftigung zuzuführen. Als Arzt stimme ich dem Geheimrath Kirchner zu, daß die Gefahr des Farrenkrautextraktes stark übertrieben wird. Die Vorwürfe gegen meine Standesgenossen wurden bereits zurückgewiesen. Die Erörterung der Interpellation wird zur Beruhigung unter den Bergleuten beitragen. Hoffentlich aber hat sie auch die Folge, daß die Regierung aufhört, den Kampf mit Verordnungen zu führen und anfängt, mit klingender Münze einzugreifen. (Lebh. Beifall links.)

Brejski (Pole) fürchtet, daß die Regierung der Wurmseuche in Oberschlesien nicht scharf genug entgegengetreten ist. Ich hatte persönlich Gelegenheit, die Klagen der polnischen Bergarbeiter in Westfalen entgegenzunehmem; meine Beobachtungen deckten sich mit jenen der Herren von der äußersten Linken. Besonders bedauerlich ist das Sinken der Löhne, die durch Abzüge noch verringert werden. Ein durch Hunger geschwächter Körper ist weniger widerstandsfähig gegen die Wurmkrankheit. Gerade der preußische Bergfiskus beschäftigt mit Vorliebe verseuchte ausländische Arbeiter. Wie viel Schaden dadurch entsteht, daß die polnischen Arbeiter die Verordnungen nicht lesen können, läßt sich gar nicht absehen. Die unteren Behörden verbieten die polnischen Versammlungen, indem sie sich über die Verfassung hinwegsetzen.

Handelsminister **Möller** konstatiert gegenüber dem Vorredner, daß in Oberschlesien mit genügender Schärfe ohne polizeiliche Schikane vorgegangen wurde.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Der Vorredner hat gesagt, daß ein preußischer Landrat das Gesetz mit Füßen getreten hat. Ich kenne den Fall nicht, aber aus dem Umstande, daß eine richterliche Instanz die Entscheidung eines Landrats aufhebt, kann noch nicht geschlossen werden, daß dieser das Gesetz absichtlich mißbraucht hat.

Dr. **Ruegenberg** (Z.) polemisiert gegen die Abgg. Sachse und Hue und nimmt sich der Aerzte an.

Dr. **Becker**-Hessen (NL.): Sie klagen über Beschränkung der Freizügigkeit, aber in Ihren Blättern schreiben Sie immer „Zuzug fernzuhalten". (Lachen bei den Soz.) Redner bezeichnet den Farrenkrautextrakt als harmlos. Abgeordneter Hue habe stark übertrieben. Die Aerzte werden sich hoffentlich gegen den sozialdemokratischen Terrorismus zusammenschließen. (Lachen bei den Soz.) Redner fordert den Abg. Hue auf, ein Mittel gegen die Wurmkrankheit zu liefern. (Lachen b. d. Soz.) Werden Sie schwächer in der Kritik und stärker in anderer Beziehung, das wäre besser für das deutsche Volk. (Beifall rechts, einige Nationalliberale klatschen. Abg. Sattler wendet sich um und hebt beschwichtigend die Hand.)

Vizepräsident Dr. **Paasche** macht darauf aufmerksam, daß das Beifallklatschen in diesem Hause nicht üblich sei.

Sachse (SD.): Herr Dr. Becker behauptet, wir kritisierten nur, und verlangt von uns, wir sollten ein besseres Heilmittel gegen die Wurmkrankheit angeben, als die Aerzte jetzt anwendeten. Ich hätte von ihm als Arzt nicht erwartet, daß er an uns als Laien ein solches Verlangen stellt. (Sehr gut! b. d. Soz.) Freilich, wenn wir den Verwaltungsapparat der Regierung in der Hand gehabt hätten, hätten wir sicher Mittel gefunden, um die Wurmkrankheit praktisch zu bekämpfen. (Lachen rechts. Sehr richtig! b. d. Soz.) Vor allem hätten wir das notwendige Geld zur Verfügung gestellt, um die Aerzte genügend auszubilden. Wäre es uns um Agitation zu tun, so wäre uns das Nichtstun der Regierung das Liebste. Ich habe der Regierung gar nicht vorgeworfen, daß sie die Freizügigkeit unter dem Schein der Bekämpfung der Wurmkrankheit aufheben wolle. Das ist eine von uns bekämpfte Ansicht der Arbeiter. Wir haben ihnen auch geraten, den Farrenkrautextrakt weiter zu nehmen. Unsere Organisation und die ruhige, besonnene Haltung der „Bergarbeiter-Zeitung" (Lachen rechts) hat Ruhe und Ordnung ins Ruhrrevier getragen. Die Dividenden der Zechen sind trotz der 1 200 000 Mark, die sie zur Bekämpfung der Krankheit aufgewendet haben, gestiegen. Verordnungen in anderen als der Landessprache, sind in Belgien, Amerika, England, sogar in Böhmen erlassen worden. Auch die polnischen Arbeiter müssen vor Schaden bewahrt werden. Redner bestreitet, die Aerzte im allgemeinen angegriffen zu haben und stellt fest, daß auch aus anderen Parteien vernünftige Leute den sozialdemokratischen Rednern beigetreten sind. Das Reich muß den Knappschaftskassen ihre Auslagen zurückerstatten, dann wird Beruhigung eintreten.

Handelsminister **Möller** erklärt, daß eine allzu häufige Wiederholung der allzuschweren Kur vermieden werden solle. Nach dreimaliger Kur soll mindestens eine Pause von 6 Wochen eintreten.

Damit schließt die Besprechung der Interpellation, das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Schleuniger Antrag Auer auf Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Thiele-Halle, 2. Interpellation wegen der obligatorischen Versicherung der Handwerker, 3. Interpellation wegen des Zeugniszwangs, 4. Interpellation wegen der Kündigung der Handelsverträge, 5. erste Lesung des Gesetzentwurfs betr. die Errichtung der Kaufmannsgerichte.

Schluß 7¼ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Staatsretter demissioniert! Es gelingt nichts mehr! Von der Tätigkeit des geheimen „Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie" würde man so gut wie nichts bemerken, wenn nicht die sozialdemokratische Presse so gefällig wäre, von seiner Existenz gelegentlich Notiz zu nehmen, die Gaslichterei ist wieder in ihrem Mauseloch verschwunden, und eben bringt die „Nordd. Allgem. Ztg." die traurige Nachricht, daß eine dritte Gründung schon in ihrem Keime umgebracht sei. Die Spar- und Traktätchenlotterie Herrn Scherls macht eine Krise durch, von der sie sich nicht erholen wird. Nach der Darstellung der „Nordd. Allgem. Ztg." ist die Nützlichkeit der Sparlotterie zwar eine sichere Sache. Und „von der Uneigennützigkeit und den vom Interesse des Gemeinwohls geleiteten Motiven des Erfinders des Systems, Herrn Scherl, ist die Königliche Staatsregierung überzeugt." Trotzdem habe sich Herr Scherl, „wegen der gegen seinen Plan und seine Person gerichteten Preßangriffe" von dem Unternehmen zurückgezogen. Wie weit es möglich sein werde, Herrn Scherls Idee ohne Scherl durchzuführen, darüber schweben nach dem offiziösen Berichte noch Verhandlungen, „die jedenfalls einen Aufschub der zum 1. Januar 1905 geplant gewesenen Einführung des Prämien-Sparsystems verursachen werden." — Schlechter hat sich wohl noch niemand herausgeredet. Die Welt kennt Herrn Scherl und weiß, daß er nicht der Mann danach ist, wegen „Preßangriffen" ein sicheres Geschäft los zu lassen. Nach der „Nordd. Allgem. Ztg." aber ist Herr Scherl ein neuer Messias, der sich gramvoll, durch ungerechte Beschuldigungen gebrochen, in die Einsamkeit zurückzieht. Zweifellos wird man Herrn Scherl dereinst noch auf einem Sockel von Adreßbüchern ein Denkmal errichten mit der Inschrift: „Dem Verkannten das dankbare Vaterland." Wozu erzählt uns die „Nordd. Allgem. Ztg." solche Kolportage-Romane? Das Kompagniegeschäft der Regierung mit Herrn Scherl war im Dunkel zustande gekommen und konnte das Licht nicht vertragen. Das ist das einfache Warum darum dieser trübsinnigen Geschichte. Die „Verhandlungen" sind natürlich nur eine Verlegenheitsausrede. Das Sparschwindelsystem mit Sozialistenbekämpfung ist so tot, wie man toter gar nicht sein kann. Es gelingt eben nichts mehr!

Die Budgetkommission des Reichstages beriet Mittwoch den Etat des auswärtigen Amtes und lehnte nach längerer Debatte die für La Paz in Bolivien geforderte Stelle eines Ministerresidenten ab, obwohl der Staatssekretär des Auswärtigen die Notwendigkeit einer diplomatischen Vertretung in Bolivien eindringlich darlegte. Einige weitere Titel wurden mit geringen Abstrichen bewilligt.

Dem Reichstage ist der sog. Servistarif zugegangen. Gedruckt verteilt wurde neben dem Entwurf über die Kaufmannsgerichte die Uebersicht über die Verhältnisse der vom Reiche unterstützten Baugenossenschaften usw., ferner die Nachweisung der Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der zur Durchführung der Invalidenversicherung errichteten Versicherungsanstalten und der vom Bundesrate zugelassenen Kasseneinrichtungen für das Jahr 1902 nebst Vorbemerkungen, sowie endlich ein schleuniger Antrag der Abgg. Auer (SD.) und Genossen auf Einstellung des gegen des Abg. Thiele wegen Beleidigung schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session.

Eine Rüpelkomödie spielte sich in den letzten Tagen im bayerischen Landtag ab. Auf der Tagesordnung stand zwar „Spezialdiskussion über den Etat des Ministeriums des Innern", vom ganzen Etat war aber während der ganzen langen Sitzung nicht ein Sterbenswörtchen die Rede. Dafür trat das Schreckens- und Schmerzenskind des Zentrums, Dr. Heim, in zweistündigen Ausführungen für seine und seiner Frau bezahlte Tätigkeit bei der Zentralgenossenschaftskasse in Ansbach ein, die von dem bauernbündlerischen Abgeordneten Dr. Gäch vor Weihnachten ziemlich rauhbeinig beleuchtet worden war. Das geduldige Haus und die überfüllten Tribünen mußten mit anhören, was für ungeheure Verdienste sich Dr. Heim seit vierzehn Jahren um das Genossenschaftswesen erworben, Herr Dr. Gäch insbesondere mußte eine wahre Flut von „parlamentarischen" Liebenswürdigkeiten, als da sind Lügner, Verleumder, Denunziant, Fälscher, Hundsfott u. s. w. über sich ergehen lassen. Der angegriffene kleine Landdoktor bewegte sich in seiner Erwiderung auf denselben Pfaden. Zu einer Prügelei kam es diesmal noch nicht, was schier ein Wunder zu nennen ist. Aber was nicht ist, kann ja noch werden, meinten die entsetzten Tribünenbesucher. Da der ganze Streit wohl kaum beim Etat des Ministeriums des Innern ausgetragen werden kann, dürfte er sich nun außerhalb des Hauses vor den Schranken des Gerichts fortsetzen und dort sein „rühmliches" Ende finden. Dieses Wettschimpfen findet — soweit Dr. Heim in Frage kommt — in der Zentrumspresse eine durchaus wohlwollende Beurteilung. So schrieb die klerikale „Donauzeitung" über den ordinären Schimpferguß des Dr. Heim: „Wir haben den Abgeordneten Dr. Heim noch nie so glücklich reden hören wie heute. . . Dr. Heim ist ein selbstloser Mann, der schwere Sorgen trägt für andere, denen er durch seine segensreichen Organisationen, die er geschaffen, die Mühen des Daseins, der wirtschaftlichen Existenz erleichtert. Einen anderen Sold hat er nicht." — Das sind natürlich dieselben Leute, die der Sozialdemokratie gegenüber die Rolle der Anstandsdame spielen wollen!

Der 27. ordentliche braunschweigische Landtag wurde Mittwoch durch den Staatsminister von Otto im Namen des Regenten eröffnet. In der Eröffnungsansprache führte der Minister aus, daß wegen der ungünstigen Finanzlage die jetzige Staatseinkommen- und Ergänzungssteuer um 50 Prozent erhöht werden müsse. Ferner kündigte der Minister einen Gesetzentwurf betreffend die Besteuerung der Warenhäuser und Wanderlager und einen Gesetzentwurf betreffend die Aenderung des braunschweigischen Vereinsgesetzes an. Nachmittags waren die Landtagsabgeordneten zur Galatafel beim Regenten Prinzen Albrecht geladen, wobei sich ein tragischer Vorfall ereignete. Der Präsident des Landtages, Oberbürgermeister Dr. Pockels, wurde von einem Unwohlsein befallen. Noch bevor er den Ausgang des Saales erreicht hatte, stürzte er nieder und war sofort eine Leiche. Das Galadiner fand unter dem Eindruck dieser Katastrophe natürlich ein vorzeitiges Ende.

Wie man dementiert. Gegenüber den neuen Mitteilungen der „Welt am Montag", die sich auf das Zeugnis zweier Weimaraner Professoren stützt, ist die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" zu der „bündigen Erklärung" ermächtigt, daß alle Angaben über die geheimnisvolle Reise des Kultusministers Studt nach Weimar unwahr seien.

Die befürchtete Erhebung der Hereros in Deutsch-Südwestafrika ist bereits zur Tatsache geworden. Nach in Berlin eingegangenen amtlichen Meldungen eröffneten die Hereros die Feindseligkeiten durch Einschließung von Okahandja, durch Zerstörung der Eisenbahnbrücke bei Osona, etwa 5 Kilometer östlich von Okahandja, sowie durch Unterbrechung der Telegraphenverbindung mit Windhuk. Während

das aus Okahandja eingegangene Telegramm auch die Telegraphenverbindung mit Swakopmund nur als gefährdet hinstellt, wurde bereits unmittelbar darauf gemeldet, daß diese Verbindung ebenfalls schon unterbrochen ist. Ein Verstärkungstransport von 56 Mann Reservisten aus Swakopmund mit 2 Offizieren und einem Arzt wurde sofort von Swakopmund nach Okahandja abgesandt, bei der Station Waldau aber an der Weiterfahrt verhindert, worauf der Angriff auf Waldau erfolgte. Wegen der durch den Ernst der Lage sofort gebotenen Maßnahmen schweben zwischen den beteiligten Ressorts Verhandlungen. Der am 6. Januar von Cuxhaven abgegangene Ersatztransport wird voraussichtlich am 3. Februar in Swakopmund eintreffen. — Die Herero, ein den Kaffern verwandter Bantustamm, sind vor etwa 100 Jahren, von Norden kommend, über den Kunene in das heutige Schutzgebiet eingewandert, und später von den nachfolgenden Ovambo südwärts in das Gebiet der Bergdamara, ihre heutigen Sitze, gedrängt worden. Ihre Anzahl wird auf etwa 65 000 Köpfe geschätzt. Die Art, wie sie den Kampf eröffnet haben, läßt darauf schließen, daß sie der Schutztruppe manche Nuß zu knacken geben werden.

Kleine politische Nachrichten. Die Reichstagsersatzwahl in Eschwege-Schmalkalden ist nach der „Kreuzztg." auf den 1. März anberaumt worden. — Die wirtschaftliche Vereinigung des Reichstages hat sich Dienstag endgiltig konstituiert, nachdem die Satzungen beraten waren. Der Vorsitz bleibt dem Abg. Liebermann von Sonnenberg, ihn vertritt Abg. Bachmeier. — Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte findet am 15. Februar im Zirkus Busch statt. — Alle Aenderungen, die jüngst in der preußischen Armee eingeführt worden sind, wie das Tragen der Achselstücke auf den Offiziersmänteln rc., sind nunmehr auch für die bayerische Armee angeordnet worden. — Die erste Nachwirkung der zwangsweisen Vorführung unseres Genossen Ad. Thiele in Halle a. S. war nach dem „Volksblatt" eine Konferenz des Präsidenten des Landgerichts mit den Direktoren und Räten desselben. Der Justizminister und der Oberstaatsanwalt in Naumburg forderten die Staatsanwaltschaft zur sofortigen Berichterstattung auf. — Wegen der Schwierigkeiten, sich in der Geheimmittelgesetzgebung zurecht zu finden, ist das Berliner Polizeipräsidium jetzt dazu übergegangen, wenn ein gegen die Geheimmittelgesetzgebung verstoßendes Inserat in der Zeitung erscheint, diese darauf aufmerksam zu machen, daß dieses Inserat strafbar ist, und erst bei wiederholtem Erscheinen desselben Inserats Strafantrag zu stellen. — Die in Essen befindlichen japanischen Offiziere dementieren die Meppener Meldung, wonach Japan 100 Haubitzen bei Krupp bestellt habe. — Wie die „Münch. Post" meldet, ist die Verhaftung des ehemaligen Abgeordneten Seyboth nur aus dem Grunde erfolgt, weil sein Bruder, Kommerzienrat Friedrich Seyboth, die gestellte Kaution von 20000 Mark zurückgezogen hatte. — In Solingen ist zwischen Aerzten und Krankenkasse ein Konflikt ausgebrochen. Fünfundvierzig Aerzte in Solingen und Umgegend haben am Sonnabend die Tätigkeit für die Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse eingestellt, nachdem letztere fünf beamtete Aerzte angestellt hat. Die fünfundvierzig Aerzte erklären, daß sie diese beamteten Aerzte nicht als Kollegen anerkennen und demzufolge nicht mit ihnen arbeiten könnten. In Fällen dringender Lebensgefahr wollen sie aber unentgeltlich die erste Hilfe leisten. — Die „Münchener Post" soll das todeswürdige Verbrechen begangen haben, die bayerische Reichsratkammer beleidigt zu haben. Der Justizminister will daher die Zustimmung der „hohen" Herren zur Strafverfolgung einholen. — Das ungarische Abgeordnetenhaus hat die Vorlage betr. Feststellung des Rekrutenkontingents auch in der Spezialdebatte angenommen. — Der Kaiser von Korea ordnete die Oeffnung von Widschu für den Handel an, vorbehaltlich der Zustimmung Chinas.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 14. Januar 1904

Der Zug der Zeit zwingt immer mehr dazu, auch die Frauen als gleichberechtigte Faktoren unserer Gesellschaft anzuerkennen. Nachdem die Frau im Wirtschaftsleben heute bereits eine achtunggebietende, lediglich auf die Entwicklung der Industrie und die Ausbeutungssucht des Kapitals zurückzuführende Stellung einnimmt, kann man ihr auch trotz aller Gegnerschaft die wissenschaftlicher Fächer nicht mehr verschließen. Das leuchtet nachgerade selbst dem ärgsten Gegner der Frauenbetätigung ein. Dennoch aber kann man bei passenden Gelegenheiten immer wieder beobachten, wie sich versteckt oder offen die Gegnerschaft ans Licht der Oeffentlichkeit wagt. So hielt kürzlich Herr Oberlehrer Eckermann in der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit einen Vortrag über „Frauenbewegung und Frauenbildung". Hierbei kennzeichnete er seinen Standpunkt nach den Berichten wie folgt: Wenn er auch anerkenne, daß die Frauen in einzelnen Berufen Tüchtiges leisten, so stehe er doch auf dem Standpunkt, daß nicht alle Berufe dem Frauenstudium erschlossen werden können. Ueberhaupt dürfe nicht sprungweise, sondern schrittweise mit der Oeffnung neuer Bahnen vorgegangen werden. Die Frau neige zu sehr der eigenen Persönlichkeit zu, als daß man eine ersprießliche Tätigkeit, z. B. in der Stellung eines Richters, erwarten könne. — Diese Auffassung beweist in schlagender Weise, zu welchen Halbheiten der Widerwille gegen die Frauenbetätigung führt. Man erkennt an, daß die Frauen in einzelnen Berufen Tüchtiges leisten können, spricht ihnen aber dann infolge ihrer angeblich zu starken Zuneigung zur eigenen Persönlichkeit die Fähigkeit ab, eine ersprießliche Tätigkeit ausüben zu können. Das ist — gelinde gesagt — eine Naivetät, die wir bei einem Oberlehrer nie und nimmer erwartet hätten. Ist denn der Herr Oberlehrer imstande, den Nachweis zu führen, daß sich die Frauen als Richterinnen nicht mindestens ebenso gut bewähren würden, wie die Männer? Wir bezweifeln das sehr stark, sind vielmehr der Meinung, daß die Tätigkeit der Frauen auch auf dem Gebiete der Rechtsprechung insofern eine ersprießliche sein würde, als diese nicht, wie viele männlichen Richter, lediglich nach dem toten Buchstaben des Gesetzes sondern auch als Menschen urteilen würden. Menschliches Empfinden würde dann zweifellos unsere Rechtsprechung mehr oder weniger mit beeinflussen. Und gerade das wäre mehr als alles andere geeignet, das Ansehen unserer Justiz bei weiten Bevölkerungsschichten zu heben. Doch abgesehen hiervon, fordert die Sozialdemokratie schon deshalb im Interesse der gesammten Menschheit volle Gleichberechtigung der Geschlechter, damit sich alle jene guten Triebe frei und segenspendend entwickeln können, die heute, dank unserer durch die bürgerliche Gesellschaftsordnung bedingten Ungerechtigkeit gegenüber dem weiblichen Geschlecht, bei vielen Frauen im Keime erstickt werden.

Behüt Dich Gott, es wär' so schön gewesen. Neben den vielen Kriechervereinen sollte in Lübeck dieser Tage auch noch zum Ueberfluß ein Verein ehemaliger Infanteristen gegründet werden. Seitens der übrigen Vereine wurde hiergegen aus Konkurrenzneid eine rege Propaganda entfaltet. Und das Resultat? In der betr. Versammlung war nur eine Person erschienen, die den neuen Verein aus der Taufe heben wollte. Die ehemaligen Infanteristen müssen also jetzt auf ihren so sehnlichst erwünschten Verein verzichten, sie können bei festlichen Gelegenheiten nicht in corpore Hurra brüllen. Es hat nicht sollen sein!

Eine geradezu drollige Darstellung über die Ursachen des Böttcherstreiks in der Faßfabrik von Fricke u. Co. gibt das hiesige freisinnige Organ. Es schreibt nämlich wörtlich:

„Daß Streiks nicht immer zur Verbesserung der Lage der Arbeiter ausgeführt werden, sondern daß sie auch in Szene gesetzt werden, um gelegentlich den Arbeitgebern die Macht der Arbeiter spüren zu lassen — zur Reklame für die sozialdemokratische Organisation — ist bekannt. Typisch für die Art der letzteren Streiks ist der folgende Fall. In der hiesigen Faßfabrik von Fricke u. Co. sollten Sardinenfässer statt eines doppelt um die Mitte gelegten Bandes auf Wunsch des Bestellers zwei einzelne Bänder erhalten. Die Arbeiter erklärten, diese Arbeit nur bei einem Zuschlag von einem Pfennig ausführen zu können. Der Arbeitgeber antwortete, daß er auf diese eine, zu einem bestimmten Preise bestellte Ladung den Zuschlag nicht geben könne, er wolle aber sofort dem Auftraggeber schreiben. Er tat dies auch und erhielt umgehend die Antwort, den teureren Preis könne er nicht anlegen, daher möchten die Fässer nur so wie bisher geliefert werden. Es sollte also alles beim alten bleiben! Inzwischen hatten aber bereits die Böttcher die Arbeit eingestellt und haben sie auch in dieser Woche, trotzdem die alten, ihnen bisher genehmen Löhne weiter gezahlt werden, nicht wieder aufgenommen, denn jetzt hat die „Lohnkommission" ihre Hand dazwischen. — Wir wollen nicht weiter auf die Sache selbst eingehen. Sie beweist, wenn wir recht unterrichtet sind, woran wir nicht zweifeln, daß es bei diesem Streik nicht auf die Verbesserung der Lebenslage abgesehen ist, sondern darauf, an einem Arbeitgeber das sozialdemokratische Mütchen zu kühlen. Jedenfalls ebenso verwerflich, wie etwaige Ausbeutungen von Arbeitern durch habgierige Unternehmer."

Die armen Arbeitgeber, an denen die frivolen Arbeiter ihr „sozialdemokratisches" Mütchen kühlen wollen, sie sind auf das tiefste zu bedauern! Vollständig machtlos stehen sie diesen sozialdemokratischen „Profiträubern" gegenüber. Wer lacht da nicht ob einer solchen, geradezu kindlich-naiven Auffassung des wirtschaftlichen Kampfes. Was nun die obige Darstellung des Sachverhalts anbetrifft, so müssen wir es natürlich der Lohnkommission überlassen, sich hierzu zu äußern. Das eine aber können wir heute schon sagen, daß obige Darstellung selbst für jeden Uneingeweihten den Stempel der Unwahrscheinlichkeit an der Stirne trägt.

Arbeiterrisiko. Gestern morgen verunglückte bei der Firma F. Demuth u. Co. der jugendliche Arbeiter Rausch dadurch, daß er sich bei seiner Beschäftigung an der Bohrmaschine in die linke Hand über dem Gelenk bohrte.

Von der Produktenbörse. Den Antrag Lübecks auf amtliche Feststellung des Börsenpreises für die hierselbst zu errichtende Produktenbörse überwies der Bundesrat in seiner gestrigen Sitzung dem zuständigen Ausschuß.

Im Zirkus Variete hat der Damen-Imitator Man de Wirth am kommenden Freitag seinen Ehren- und Benefiz-Abend. Hoffentlich hat der Benefiziant ein volles Haus.

Für die Doppelbadeanstalt im Krähenteich werden für die diesjährige Badesaison 1 Bademeister und 1 Bademeisterin gesucht. Fachkundige Personen haben ihre mit Zeugnissen versehenen Gesuche bis zum 15. Febr. dem Bureau des Finanzdepartements, Abt. für Häuser und Plätze, Rathaus, Zimmer 13, einzureichen.

Aus dem Gerichtssaal. Wegen Entwendung zweier Bretter aus einem an der Obertrave liegenden Kahn erhielt der häufig vorbestrafte Gelegenheitsarbeiter W. von der Strafkammer 4 Monate Gefängnis zudiktirt. — Ein unangenehmer Gast scheint der vorbestrafte Bierkutscher D. in Pansdorf zu sein. Derselbe nahm am 13. September an einem Tanzvergnügen bei dem Gastwirt Sch. in Ratekau teil. Hier gerieten D. und der Arbeiter B. mit einem anderen Gast in Streit. Der anwesende Bäckermeister S., der Zeuge dieser Schlägerei war, riet dem Mißhandelten, D. zur Anzeige zu bringen. Auf dem Nachhausewege wurde S. dann nebst seiner Frau von zwei Männern überfallen und schwer mißhandelt. Die Frau S. erkannte D. sofort als den Täter, während ihr der andere Mann unbekannt war. Es wurde dann Anzeige gegen D. und B. erstattet. Ersterer erhielt in der Schöffengerichtssitzung 6 Monate Gefängnis, während letzterer mangelnden Beweises halber freigesprochen wurde. Auf eingelegte Berufung ermäßigte die Strafkammer die gegen D. festgesetzte Strafe auf drei Monate Gefängnis.

pb. **Eine nicht mehr dunkle Geschichte.** In der Nacht zum Dienstag wurde bekanntlich in der 1. und 2. Etage des Hauses Schmiedestraße 16 je eine Fensterscheibe entzwei geschossen. Die nach dem Täter aufgenommenen polizeilichen Ermittelungen ergaben, daß ein im Hause Schmiedestraße 13 wohnhafter Orgelbauer, der gegen 4 Uhr morgens in angeheitertem Zustande heimkehrte, aus reinem Unfug mittels eines Revolvers zwei Schüsse aus dem Fenster seiner Bodenkammer blindlings abfeuerte, ohne zu überlegen, welche Unvorsichtigkeit er begehe, und ohne die Absicht gehabt zu haben, die Fensterscheiben zu beschädigen.

Handelsregister. Am 12. Januar 1904 ist eingetragen: 1. bei der Firma Wilhelm G. Schröder in Lübeck: Dem E. H. Preuß und dem Ingenieur J. Wrede in Lübeck ist Gesamtprokura erteilt; 2. die Firma Wilhelm Franck in Lübeck. Inhaber: W. F. L. Franck, Korkenfabrikant, Lübeck.

pb. **Verhaftete Diebe.** Ermittelt und festgenommen wurden zwei hier wohnhafte Arbeiter, welche gemeinschaftlich am Weihnachtsabend auf dem Gutshofe Brandenbaum 4 Gänse und 2 Kaninchen aus einem verschlossenen Stalle stahlen. Die weiteren polizeilichen Ermittelungen hatten den Erfolg, daß der eine der Festgenommenen zugab, noch folgende Diebstähle ausgeführt zu haben. In der Nacht vom 11. zum 12. d. M. verschaffte er sich gewaltsam Eingang durch ein Fenster in den Keller des Hauses Marlystraße 4 und eignete sich hier 4 Flaschen Wein rechtswidrig an. Anfang Januar d. J. nahm er aus einer, dem Holländer auf Bertramshof gehörigen Kartoffelmiete etwa 200 Pfd. Kartoffeln. Mitte Oktober v. J. führte er einen Gänsediebstahl bei dem Wäschereibesitzer Jenkel in der Falkenstraße aus, wobei ihm 3 Gänse in die Hände fielen. Auch der Diebstahl von 3 Gänsen aus dem am Rittbrook belegenen Stalle des Fuhrwerksbesitzers Longuet fällt ihm zur Last. Dem Holländer auf Bertramshof stahl er ferner noch 3 Hühner, auch ist er dringend verdächtig, die in den letzten Nächten vor seiner Festnahme ausgeführten Einbruchsversuche in die Kontore mehrerer hiesiger Holzhändler begangen zu haben.

pb. **Einbruchsdiebstahl.** In der Nacht vom 12. zum zum 13. d. Mts. wurde bei dem Landmann Callies zu Wesloe ein Einbruch verübt, woran sich anscheinend mehrere Personen gemeinschaftlich beteiligten. Die Diebe erbrachen einen in der Wohnstube stehenden Schreibtisch und erbeuteten etwa 480 Mk. in barem Gelde, bestehend aus folgenden Stücken: drei Hundertmarkscheinen, 6 bis 7 Zwanzigmarkstücken, 1 bis 2 Zehnmarkstücken, 6 Fünfmarkstücken und verschiedenen kleinen Münzen, worunter sich auch eine größere Anzahl Einpfennigstücke befand. Ferner erbeuteten sie eine Drahtkassette, zwei Lederportemonnaies, eine goldene Herrenuhrkette mit einem viereckigen Medaillon, worauf sich eine ein Hufeisen darstellende Verzierung befindet, eine lederne Brieftasche und zwei halbe Flaschen Scherry mit der Firma Otto Voigt, Lübeck.

Mölln. Die Anmeldung zur Stammrolle hat in der Zeit vom 15. bis zum 30. d. M. auf dem Rathause zu erfolgen.

Schönberg. Der Landtag für das Fürstentum Ratzeburg, der seit November 1869 nicht mehr beschlußfähig ist, wird im Februar wieder nach hier einberufen. Die bäuerlichen und bürgerlichen Vertreter wurden bisher mit der Instruktion gewählt, den Landtag nicht zu besuchen, um dadurch eine Beschlußfähigkeit zu verhindern. Beschlußfähig ist der Landtag, sobald die Hälfte der Landesvertreter und der Vorsitzende, der allemal der Vertreter der Landvogtei ist, anwesend sind. Die Versammlung des Bauern- und Bürger-Vereins hieselbst am 30. d. M. wird darüber beschließen, ob die oben genannten Vertreter mit der Weisung, hinzugehen und ihre Wünsche auf Abänderung der Verfassung persönlich vorzutragen, ausgerüstet werden können oder nicht. Die Vertreter verlangen statt einer beratenden eine beschließende Stimme.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Seine neunmonatige Gefängnisstrafe hat am Montag Genosse Riedlinger vom Harburger „Volksblatt" im Gerichtsgefängnis zu Hameln angetreten. Möge er die schwere Zeit überstehen, ohne Schaden an seiner Gesundheit zu nehmen! Die besten Wünsche seiner Genossen begleiten ihn in die dunkle Kerkerzelle. Hoffentlich wird er in Hameln nicht, wie es seinerzeit dort dem Genossen Heinrich Kauffmann zustieß, zwangsweise à la Zuchthäusler geschoren und rasiert. — Die Maurer und Zimmerer in Preetz haben bei der Innung „Bauhütte" eine Lohnerhöhung von 45 Pfg. auf 50 Pfg. für die Stunde und eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden für den Tag beantragt.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Die „Zentrumsnummer" des „Simplizissimus" ist auch in Hamburg in vielen Exemplaren beschlagnahmt. — Der Hamburger Dampfer „Rosario", der auf der Fahrt von Para nach Hamburg begriffen war, ist bei Cap Vilano aufgelaufen. — Das Altonaer Schwurgericht verurteilte gestern den Uhrmacher Fahrig und den Reisenden Simmerlund wegen Münzverbrechen zu 10 bezw. 6 Jahren Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen. — Der Trawler „Altona" aus Altona strandete auf Lillegrund bei Kierteminde. Bergungsdampfer sind von Gjedser abgegangen. — Starkes Schneetreiben in der Ostsee hat nach einer Kieler Meldung mehrfache Schiffsunfälle herbeigeführt. Der Rigaer Dampfer „Fenia", ein Fischkutter und eine Yacht sind untergegangen.

Oldenburg. Zu dem Doppelmord wird gemeldet, daß der Tat ein Verwandter der Ermordeten, der 27jährige Heizer August Meller, dringend verdächtig ist. Derselbe sollte eine Strafe verbüßen und beabsichtigte jedenfalls, sich dieser durch die Flucht zu entziehen. Das Geld zur Ausführung seines Planes hat er sich dann wahrscheinlich von der Witwe Meller verschaffen wollen. Ob er den Mord beabsichtigt oder die beiden Frauen im Streit erschlagen hat, als ihm seine Bitte um eine Unterstützung abgeschlagen wurde, läßt sich noch nicht sagen. Tatsächlich ist er mit viel Kleingeld entflohen. Man vermutet, daß er sich nach Hamburg oder Bremen gewandt hat, um ins Ausland zu entkommen.

Lübecker Marktpreise vom 13. Januar.

Bauern-Butter Pfd. 1,15 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,25 Mk. Hasen Stck. 3,00 Mk., Enten Stck. 2,80 Mk., Hühner Stck. 1,70 Mk., Küken Stck. — Mk., Tauben Stck. 0,60 Mk., Gänse Pfd. —,68 Pf., Flickgans 3,— Mk., Schweinekopf Pfd. 0,45 Mk., Schinken Pfd. 0,80 Mk., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 7 Stck. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. 0,90 Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg. Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk.

Durch die Geburt einer gesunden Tochter wurden hocherfreut

Herm. Struck und Frau.

Per sofort oder 1 April eine freundliche Wohnung zu vermieten, per anno 150 Mk.
Otto Reining, Marienthal.

Zum April freundliche 1. Etage, 2 Zimm., Küche, Keller und Zubehör, Preis 172 Mk.
Marlistraße 33.

Per sofort oder später
Moislinger Allee 47c zweite Etage,
2 Zimmer, Küche, Keller, Kammer, Boden rc., Mk. 180.
Klappenstraße 9 erste Etage
3 Zimmer, Küche rc., Mk. 170.
Warendorpstraße 17 dritte Etage
3 Zimmer, Speisez., Keller, Küche, Stall, Mk 240
Näheres **J. Hefti,** Ziegelstraße 1 f.

Gesucht ein möbl. Part.-Zimmer
ev. 2 kleine, Bülowstraße oder deren Nähe.
Angeb. u. **J 12** an die Exped. d. Bl.

Zu sofort ein Schuhmachergeselle
Brockesstraße 9.

Zu verkaufen ein Kachelofen
wegen Platzmangel Mühlenstraße 16.

Gesucht zu Ostern
ein Töpferlehrling.
H. Nickels, Töpfermeister, Kl. Burgstr. 11.

Gut verzinsbares Haus
wo Käufer gänzlich frei wohnt, ist bei einer Anzahlung von 2- bis 3000 Mk. zu verkaufen.
Off. u. **E 10** an die Exped. d. Bl.

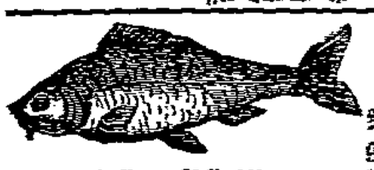
Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 **Otto Albers** Kohlm. 10.
sind vortheilhaft bekannt durch gute Verarbeitung und sehr billige Preise. U. A.:

Lederhosen	1,80—6,45
Maurerhosen	2,60—6,75
Schlosserhosen	1,88—5,25
Ueberziehhosen	0,88—2,35
Zwirn-Hosen	1,38—3,25

leinene Jacken, schräge und gerade, 1,23
Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Maler-Mäntel erstaunlich billig.
Mützen von 30 Pfg bis 1,88 Mk.

Gummischuhe werden repariert obere Hundestraße 15.

Die Lübecker
Margarine-
Fabrik „Hansa"
J. Schröder & Co.
Rebenhofstraße 7 Telephon Nr. 913
empfiehlt stets frische
Margarine
welche in den meisten Geschäften zu haben ist.



E. Boy
Teleph. 115, Mauer 84, Beckergr. 3, Wahmstr. 16.
Nur hiesige Bücklinge, prima Sprotten, Fischfrikadellen, Geräucherten Lachs.

Bratenschmalz
— bester Güte —
empfiehlt
Heinr. Viereck, Hüxstraße 96

Prima dicke Flohmen
per Pfund 60 Pfg.

Schweinefleisch	per Pfd. 50 Pf.
Karbonade	„ „ 65 „
Geräucherte Schweineköpfe	„ „ 40 „
Geräuchertes Schweinefleisch	„ „ 60 „
Geräucherte Karbonade	„ „ 70 „
Gekochte Mettwurst	„ „ 60 „
Leberwurst u. ger. Leberwurst	„ „ 60 „
Preßwurst u. Braunschw.	„ „ 50 „
Frisches Kopffleisch	„ „ 30 „

Fernspr. 1291. **M. Lahrtz, Böttcherstr.**

General-Versammlung
der
Kranken- u. Sterbe-Kasse Amicitia
(E. H. Nr. 18)
am Sonnabend den 16. Januar
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
T.-O.: 1. Abrechnung vom berl. Halbjahr. 2. Wahlen. 3. Innere Kassenangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

So lange Vorrat reicht!

Einmaliges Angebot.

Niemand sollte es versäumen, meinen

Inventur-Ausverkauf

zu besuchen.

Unter **zurückgesetzten Artikeln und extra ausgelegt sind:**

Posten Reste.

Serie I:
Reste von 1½—2½ Meter in Parchend zu Blusen, Reste zu Kinder-Kleidern, Hemdentuch-Reste Reste zu Kissenbezügen, Schürzen-Reste
für den Spottpreis von 50 Pfg.

Serie II:
Reste v. 1,20 bis 2½ Meter in bedrucktem Schürzenzeug, graue Loden-Reste, **passend für Taillen,** fertige schwarz- u. weissgestreifte Herren-Hemde, hellgestreifte Hemde
für den Spottpreis von 75 Pfg.

Serie III:
RESTE
verschiedenster Art von 3—4 Meter, darunter auch
Futtersachen
für den Spottpreis von 1.25 Mk.

Obige Reste sind wert das doppelte und dreifache.

Nie wiederkehrend billig, trotzdem gebe doppelt grüne Rabattmarken.

Harry Dahm

Königstr. 91. Filiale: Schönkampstr. 6. Ecke Wahmstr.

Schweinefleisch	pr. Pfd.	50 Pf.
Bauchfleisch	-	60 -
Karbonade	-	65 -
dicke Rippen z. Füllen	-	65 -
frische Flohmen	-	60 -

sowie alle anderen Fleischwaren billigst
W. Strohfeldt,
Glockengießerstraße 73
Marktbollenstand Nr. 14 und 15

Mit dem heutigen Tage habe ich meine
Schlachterei Cronsforder Allee 32a
an die **Gebrüder Luetgens** hierselbst **verkauft.**
Für das mir gezeigte Wohlwollen bestens dankend, bitte ich, dies auch meinen Nachfolgern zu Teil werden zu lassen.
Oswald Heine.

Höflichst bezugnehmend auf obige Annonce, bitten wir, das Vertrauen, welches unserm Vorgänger, Herrn **Heine,** bis hierher entgegengebracht worden ist, auch auf uns übertragen zu wollen.
Es wird stets unser Bestreben sein, durch gute Ware zu reellen Preisen uns das Vertrauen unseres Vorgängers zu erhalten.
Hochachtungsvoll ergebenst
Gebrüder Luetgens.

Heute

beginnt unser

Inventur-Ausverkauf.

Gebr. Barg

Kohlmarkt 5.

Achtung!
Lastadiearbeiter!

Mitglieder-Versammlung
am Freitag den 15. Januar
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung
3. Beitragsrechnung
4. Vorstandsbericht
5. Fragekasten und Verschiedenes.

Der Vorstand.

Mitgliederversammlung
der
Zentral-Kranken- u. Sterbe-Unterstützungskasse d. deutsch. Schiffbauer
am Sonnabend den 16. Januar
Abends 8 Uhr
bei Herrn Jürss, Engelsgrube 59.
Tages-Ordnung:
Abrechnung. Verschiedenes.
Die örtliche Verwaltung.

Schwedisches Brennholz
empfiehlt billigst
Th. Kruse
Fernsprecher 1289. Untertrave 60.

Circus Variété.
Heute Freitag den 15. Januar:
Letzter Tag.
Abschieds-Gala-Vorstell.
sämtlicher Spezialitäten.
Ehrenabend und Benefiz
für den so beliebt gewordenen
Damenimitator Man de Wirth
Sonnabend den 16. Januar:
Vollständig neues Programm.

Stadttheater.
7½ Uhr. Freitag den 15. Januar. 7½ Uhr.
111. Vorst. 16. Freitags-Abonn.
Tannhäuser.
7½ Uhr. Sonnabend den 16. Januar. 7½ Uhr.
Oberon.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Bilder aus Z. Schwesterstädten", welche der mit J. K. gezeichnete Artikel und Notizen: Otto Friedrich.
Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Bilder aus Lübecks Vergangenheit", sowie die mit J. K. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz.
Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 12 — Freitag, den 15 Januar 1904 — 11 Jahrgang.

Neue Forschungen über das Verbrechen.

Die Aera der Hexenprozesse liegt hinter uns. Auch unsere reaktionärsten Staatsanwälte und Richter glauben nicht mehr an das Besessensein hysterischer Frauen vom Teufel und verurteilen sie nicht mehr zu Folter und Scheiterhaufen. Man weiß, es sind Kranke, und behandelt sie danach. Aber unser ganzes Strafrecht steht gleichwohl noch im Zeichen der Hexenprozesse. Die Anschauung, daß die Verbrecher vom Teufel des bösen Willens besessen sind, der durch die Strafe ihnen ausgetrieben oder durch das Henkerbeil unschädlich gemacht werden soll, beherrscht die Strafparagraphen wie die Kriminalpraxis.

Die philosophische Lehre, daß der verbrecherische Wille durch natürliche, geistige, soziale Ursachen zur Tat bestimmt worden ist, ebenso wie Irrsinnige durch Gehirn- oder Nervenkrankheit, existiert für die Kriminalistik nicht oder kaum. Der alte theologische Wahn von der absoluten Willensfreiheit ist für sie immer noch maßgebend.

Daher ist das bestehende Strafrecht und seine Anwendung nicht entfernt dem vernünftigen Zweck der Strafe angepaßt, der kein anderer sein kann als: Schutz der Gesellschaft, unter tunlichster humaner Schonung des Verbrechers, und daneben womöglich dessen Besserung. Die Zuchthäuser wollen nicht Häuser der Zucht im Sinne der Erziehung sein, sondern im Sinne der Züchtigung, Anstalten der Quälerei, menschliche Höllen, aus denen die Insassen gewöhnlich noch verbitterter hervorgehen und oft noch gefährlicher sind als zuvor. „Unsere Strafen wirken nicht bessernd und nicht abschreckend; sie halten überhaupt nicht vom Verbrechen ab; man könnte vielmehr eher sagen, daß sie ihm in mancher Hinsicht Vorschub leisten.“ Zu diesem Ergebnis kommt der berühmte Kriminalist Liszt, ein weißer Rabe unter seinen Kollegen.

Um so erfreulicher ist das Erscheinen eines kriminalwissenschaftlichen Werkes, das an der Hand einer umfassenden, gediegenen und solid verwerteten Statistik — was wir besonders betonen, da mit der Statistik oft genug Unfug und Humbug getrieben wird — den verschiedenen Motiven, die den Willen zum Verbrechen stimulieren, nachgeht, sie enthüllt und beleuchtet. „Das Verbrechen und seine Bekämpfung“ ist es betitelt und hat den an einer Beobachtungsanstalt für geisteskranke Verbrecher tätigen Professor der Psychiatrie Dr. Gustav Aschaffenburg zum Verfasser.

Der bürgerliche Standpunkt des Verfassers kennzeichnet sich darin, daß er die wirtschaftlichen Zustände nicht in den Vordergrund stellt. Diese sind aber der eigentliche Sumpf, der Verbrechen aller Art ausbrütet. „Die furchtbarste Quelle inneren Krieges“ (d. h. des Verbrechens), schrieb der jüngst verstorbene Schäffle in seinem großen Werk „Bau und Leben des sozialen Körpers“, „ist die materielle Not und die Ueppigkeit. Ein ganzes Heer von Verbrechen und Lastern gehört hierher. Raub, Diebstahl, Betrug, Unterschlagung, Erpressung, Gründungs und Börsenschwindel, Erbschleicherei, Ausbeutung der Arbeiter durch den Arbeitgeber und umgekehrt, (?) Steuerbetrug und Steuerdruck, Wucher mit allen Formen des sozialen Parasitentums, Unzuchtserwerb, Erzgaunerei von Sinekuren und Konzessionen durch parlamentarische Korruption, Entwendung technischer Geheimnisse, Waren- und Markenfälschung, Verleumdung des Konkurrenten, Verruf von Waren- und Kreditwerten — sind insgesamt Formen inneren, mit Gewalt und List geführten Unterhaltungskampfes, der von den einen aus Not, von den anderen deshalb begonnen wird, weil der Reichtum Staffeln zu allen übrigen Gütern und Genüssen des Lebens baut.“ Selbstverständlich übergeht auch Aschaffenburg das wirtschaftliche Moment nicht mit Stillschweigen, aber er behandelt es viel zu dürftig.

Aus dem betreffenden Abschnitt sei hier nur angeführt, was er über das Verhältnis der Getreidepreise zum Verbrechen meint. v. Mayr hat seinerzeit den Satz aufgestellt, daß ein ganz bestimmtes Verhältnis zwischen beiden bestehe, so daß z. B. im bayerischen Gebirge das Fallen der Getreidepreise um einen Sechser (18 Pfennig) im zweiten Drittel des vorigen Jahrhunderts bei der gleichen Zahl von Einwohnern je einen Diebstahl verhütet hat. Dazu bemerkt Aschaffenburg, nicht die absolute Höhe der Preise sei ausschlaggebend, sondern nur ihr Steigen und Fallen, und die Wirkung mache sich nicht direkt geltend, weil die Detailpreise dem Großhandelspreise nicht auf dem Fuße folgen.

Mit den wirtschaftlichen und den in ihr bedingten politische Zuständen hängt enge das Erziehungswesen zusammen, ein höchst wichtiger Faktor der Kriminalistik. Die, gelinde gesagt, seltsame Behauptung von Lombroso, die Schule wäre ein „krimogener“, Verbrechen erzeugender Faktor, und „den Verbrecher unterrichten, heißt, ihm eine neue Waffe gegen die Gesellschaft in die Hand geben“, wird von Aschaffenburg sehr scharf bekämpft. Dabei verfällt er aber nicht in die entgegengesetzte Auffassung, wonach in den höheren Bildungsschichten das Verbrechen weniger gedeihen könne.

Des weiteren verbreitet sich das Buch über die Bedeutung der Rasse für das Verbrechen; über die verschiedenen Altersstufen; über die Geschlechtsunterschiede; Stadt und Land; Einfluß der Ehe; Verschiedenheit der Religionsbekenntnisse; der Einfluß des Alkohols; über die Frage des „geborenen Verbrechers“ und der „Degeneration.“ Auch der Einfluß der Jahreszeit wird erörtert und eine verschiedene Häufigkeit der Verbrechen im Sommer gegenüber dem Winter für alle Länder festgestellt, wiewohl die Ursache dieser Periodizität noch nicht durchweg aufgeklärt ist. So zeigen die Sittlichkeitsdelikte in Deutschland von April bis Juli ein rasches Anwachsen, um vom August an wieder zu sinken und im Dezember und Januar nicht die Hälfte der Zahl vom Juli zu erreichen.

Gegen das reiche konkrete Material des Aschaffenburgschen Buches wird sich wohl auch die kriminalistische Bureaukratie nicht so banausisch spröde verhalten können wie gegen abstrakte philosophische Theorien. Sie wird der Einsicht sich nicht ferner verschließen können, daß, wie Fr. Mohr das Fazit zieht, die individuellen und sozialen Faktoren den Verbrecher machen, nicht sein „böser Wille.“

Ist aber einmal dieser Grundsatz anerkannt, dann ergibt sich die Notwendigkeit einer durchgreifenden Reform des Strafrechts, der Strafrechtspflege wie des Strafvollzugs.

Ganz besonders aber muß daraus die Konsequenz gezogen werden, daß der Weg der Vorbeugung beschritten werden muß, dadurch, daß den sozialen Monstrositäten energisch zu Leib gegangen wird.

(„Hamb. Echo.“)

Soziales und Gewerkliches.

Streiks und Lohnbewegungen. In eine Lohnbewegung sind die Einsetzer in Berlin getreten, die dem Holzarbeiter Verbande angehören. Es wird die Schaffung eines Tarifvertrages bezweckt, der mit den Unternehmern vereinbart werden soll, derart, daß auch den unorganisierten Arbeitern der gleiche Lohn gezahlt wird. Der neue Tarif, der eine Erhöhung von fünf v. H. festsetzt, ist noch 20 v. H niedriger, wie der in den siebziger Jahren bestandene. Die Arbeitgeber haben sich bereit erklärt, im Laufe dieser Woche mit einer Arbeiterkommission in Verhandlungen zu treten. — Der Kampf um den Arbeitsvertrag in dem Schneidergewerbe zu Jena verschärft sich. Die 28 Ausgesperrten haben Sukkurs erhalten. Acht ihrer Kollegen, die vor zwei Wochen den berüchtigten Vertrag des Arbeitgeberverbandes unterschrieben, haben am Montag die Arbeit niedergelegt An eine Kündigungsfrist waren sie bei Auflösung des Arbeitsvertrages nicht mehr gebunden. In Frage kommt das Geschäft des Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, Hoflieferant Ebhardt jr., der sich schon sicher fühlte. In auswärtigen Zeitungen sucht der Arbeitgeberverband eifrig Arbeitswillige. Alle Angekommenen sind bisher wieder abgeschoben worden.

Unter der Aufhebung der Staatsbürgerrechte in Crimmitschau haben jetzt auch die Agrarier zu leiden. Das Direktorium des landwirtschaftlichen Kreisvereins im Vogtland hat wegen des allgemeinen Versammlungsverbotes eine für den 13. Januar angesetzte Bezirksversammlung wieder vertagen müssen. — Ist ihnen ganz recht so!

Nur den vierten oder fünften Teil ihres früheren Personalbestandes haben die Fabrikanten in Crimmitschau trotz zwanzigwöchiger Werbungsversuche bisher ersetzen können. Also teilen die „Berliner Polit. Nachr.“ mit, die bekanntlich im Dienste der Scharfmacher stehen.

Das Walten der blinden Göttin in Crimmitschau. Eine ganze Reihe von Zehnstundenkämpfern wurde wiederum wegen angeblicher Vergehen gegenüber den geheiligten Personen der teuren Arbeitswilligen verurteilt, teils mit Gefängnis, teils mit Geldstrafen. Diese Strafen werden von den „Verbrechern“ eben hingenommen als eine unvermeidliche Begleiterscheinung jedes Kampfes der Arbeiterklasse um bessere Lebensbedingungen.

Arbeiter-Fabrikinspektoren wird Baden bis auf weiteres noch nicht erhalten. In der Budgetkommission gab der Minister des Innern auf die Anregung von verschiedenen Seiten eine Antwort, die nicht erwarten läßt, daß man etwa ähnlich wie in Württemberg bald den Versuch mit Inspektorassistenten aus dem praktischen Arbeiterleben machen wird. Die Regierung würde sich, wie sie sagt, geneigter zeigen, wenn eine gesetzliche Standesvertretung der Arbeiter bestünde, hier aber will man warten, bis reichsgesetzlich einmal Arbeiterkammern geschaffen sind. So langfristige Wechsel haben sehr wenig Wert.

Der beleidigte Rechtsanwalt. In Berlin in einer Versammlung der bürgerlichen Frauenvereine hatte bekanntlich der Rechtsanwalt Tietze in ziemlich hahnebüchener Weise über die „verhetzten Arbeiter“ sich ausgelassen. Nach einigen Tagen sind dem braven Verfechter der Unternehmerinteressen die Fenster eingeworfen worden, was natürlich den Ausgesperrten in die Schuhe geschoben wurde. In einer Stadtverordnetenversammlung soll nun Genosse Fiedler die Bemerkung gemacht haben, Tietze habe seine Fensterscheiben jedenfalls selbst eingeworfen. Fiedler bestreitet aber, diese Aeußerung getan zu haben. — In Crimmitschau scheint jetzt eine förmliche Klagewut auf Seite der Unternehmer und deren Anhang zu herrschen.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Auch im letzten Monat des Jahres 1903 hielt die Besserung des Beschäftigungsgrades an, die seit Jahresfrist von Monat zu Monat auf dem Arbeitsmarkt beobachtet werden konnte. In dem Verbande deutscher Arbeitsnachweise, dessen Mitglieder allmonatlich an das Verbandsorgan, den „Arbeitsmarkt“, berichten, kamen im Dezember auf je 100 offene Stellen 166,9 Arbeitsuchende gegen 198 7 im Jahre 1902. Das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage erscheint noch günstiger, wenn man den männlichen Arbeitsmarkt ausschließlich betrachtet. Hier ging das Angebot von 273,8 im Jahre 1902 auf 215,2 zurück, während auf dem weiblichen Arbeitsmarkt eine kleine Zunahme des Andranges stattgefunden hat, und zwar von 83,2 auf 86,0. Recht günstig wurde der Beschäftigungsgrad durch den lebhaften Verlauf des Weihnachtsgeschäftes beeinflußt. Die allgemeine Besserung der Verdienstverhältnisse während des Jahres 1903 geht unzweideutig aus der größeren Kaufkraft des Publikums während der Weihnachtszeit hervor.

40 Stunden Arbeitszeit. Aus London wird unterm 11. d. Mts. gemeldet: „In dem Distrikt Ashton-

Im Eckfenster.

Roman von Friedrich Gerstäcker.

27. Fortsetzung.

Flora war ebenfalls ein wenig schwärmerischer Natur, aber das konnte auch kaum anders sein. Ein junges Mädchen, das eben erst ins Leben tritt und schon vor der Zeit eine Menge von überschwänglichen Romanen gelesen hat, hält den Mondschein selbstverständlich für die passendste Beleuchtung der Welt und versenkt sich am liebsten in Erzählungen, die mit einer unglücklichen Liebe anfangen, und während Held und Heldin Folterqualen erleiden, aber alles mit dem größten Heroismus ertragen, endlich und unmittelbar vor dem Schlusse mit ihrer Verheiratung enden. Je geheimnisvoller die Sache dabei betrieben wird, desto hübscher ist es, und ein verzweifelter Nebenbuhler, der sich endlich, wenn er nicht mehr gebraucht wird, eine Kugel durch den Kopf schießt, gibt dem Ganzen eigentlich erst die Würze.

„Ach, Flora,“ seufzte Guido, „wenn Sie wüßten, mit welchen Höllenqualen ich den heutigen Tag verbracht, denn ich hatte ja kaum eine Hoffnung, Ihnen zu begegnen! Nur in fieberhafter Unruhe atmete ich, meine Pulse schlugen, und oft war es mir, als ob ich es nicht länger ertragen könne und nur hinausstürzen müsse, um ein entscheidendes Wort von den Lippen ihrer Eltern zu fordern.“

„Aber ich bitte Sie um Gottes willen, Herr von Heidewald,“ sagte Flora bestürzt, „Sie würden nur alles verderben, und Mutter ließe uns nie wieder allein ausgehen.“

„Daß alle Eltern so grausam sind,“ klagte Guido, als ob er darin schon die bittersten Erfahrungen gemacht hätte, „und sie waren doch auch einmal jung!“

„Das ist aber so lange her,“ bemerkte Flora, „daß sie es rein vergessen haben. Vater würde es auch vielleicht noch milder beurteilen, aber Mutter nicht — und nun erst die Tante, großer Gott, wenn die uns hier begegnete!“

„Ihre Frau Tante muß, nach der Beschreibung, die Sie mir schon von ihr geliefert haben, wirklich eine höchst liebenswürdige Dame sein, und sie kommt mir vor wie einer jener heidnischen Drachen, die einen Schatz bewachen — meinen Schatz“ setzte er zärtlich hinzu.

„Ach, und doch sind wir von ihr abhängig!“

„Das ist ja eben das Furchtbare!“ rief Guido. „Sie Beide sind die Rosen, und das ist der riesige, unangenehme Dorn, der dazwischen steckt. Wissen Sie, teures Fräulein, daß ich mir so jene alten bösen Feen denke, von denen unsere Märchenbücher erzählen: mißgünstig jeder Liebe und nur immer — im Besitze eines großen Reichtums — Unheil und Verderben brütend.“

„Ach, Sie haben vielleicht Recht,“ seufzte Flora, „und doch ist es meine Tante!“

„Und das allein schützt sie vor meiner Rache,“ sagte Guido düster; „denn ich fühle, wie sich in meinem Herzen ein Dämon regt, um mit wilder Gewalt die Schranken nieder zu werfen, die sich unserer Liebe noch entgegenstellen.“

„Um Gottes willen,“ rief Flora erschreckt, „nur keine Uebereilung, Sie könnten alles verderben; mäßigen Sie sich meinethalben!“

„Ich bin wie weiches Wachs in Ihrer Hand,“ sagte Guido gerührt; „Sie, Flora, können mit mir machen, was Sie wollen. Aber um Eins bitte ich Sie — es ist mir versagt, Sie einmal in stiller, vertraulicher Stunde allein zu sprechen, nur immer im Flug, unter den Augen der Menge muß ich das Glück zu erhaschen suchen, Ihnen zu nahen —, nehmen Sie hier meinen Schwur, hier unter den ewigen Eichen des Parks, unter jenem blauen Himmel, aus dem uns dort der erste freundliche Stern herniederblitzt: nie lasse ich Sie! Meine Seele gehört Ihnen, mein ganzes Dasein findet nur eine Berechtigung in Ihrer Liebe, und wie ich Ihnen angehören will bis zum Tode, so sagen Sie auch mir, Flora, ob Sie die Meine sein wollen für jetzt und alle Ewigkeit! Wollen Sie, Flora? Süßes, geliebtes Herz — willst Du die Meine sein für immer?“ — Er hatte, zuerst mit einem scheuen Blick umher, ob sie von keiner Seite beobachtet werden konnten, seinen rechten Arm um ihre Taille gelegt. — „Willst Du, Geliebte?“

„Ja!“ hauchte Flora, und im Uebermaß seiner Gefühle — das andere Paar ging vor ihnen her und es lag schon tiefe Dämmerung auf dem Parke — drückte er den ersten seligen Kuß auf ihre Lippen.

„Oh, mein Gott!“ flüsterte Flora.

„So möcht' ich sterben!“ hauchte Guido. „Oh, wenn ich jetzt in jenes blaue Aethermeer hinaufschweben und im kühlen Grabe unten diesen Traum nur immer wieder und wieder träumen könnte!“

„Aber wir müssen fort!“ rief Flora, die erst jetzt darauf aufmerksam wurde, daß die Nacht schon hereinbrach. „Henriette, wir müssen nach Hause — was wird Mutter sagen, wenn wir so spät kommen!“

„Ja, gewiß,“ rief Henriette, die ebenfalls außerordentlich aufgeregt schien, „es ist so spät geworden, und wenn uns hier noch jemand Bekanntes begegnet! Lassen Sie uns jetzt hier abbiegen, dort ist der Ausgang, und wir haben den Schlüssel. Nein, Sie dürfen uns nicht länger begleiten!“

Und zurück zur Schwester tretend, nahm sie deren Arm und zog sie rasch der links von ihnen liegenden Pforte zu.

„Gute Nacht!“ tönte es ihnen nach.

„Gute Nacht!“ riefen die Mädchen zurück und eilten nun, so rasch sie konnten, dem elterlichen Hause zu.

Unterwegs sprachen sie auch kein einziges Wort mehr zusammen. Jede von ihnen war viel zu sehr mit den eigenen Gedanken beschäftigt und mochte ihnen selbst nicht gegen die Schwester Worte geben. Aber so leicht und selig fühlten sie sich, daß sie mehr über den Boden hinschwebten, als daß sie gingen, und erst an ihrer eigenen Tür fühlten die Mädchen, wie sie gelaufen waren, und mußten einhalten, um Atem zu schöpfen.

under-Lyne hat Montag eine Anzahl Baumwollspinnereien, mit der von dem Baumwollspinnerverband empfohlenen verkürzten Arbeitszeit von wöchentlich 40 Stunden begonnen." — In Deutschland soll die Industrie zu Grunde gehen, wenn „nur" 60 Stunden gearbeitet werden soll!

Genosse Vollmar, der bekanntlich nicht unbedenklich erkrankt war, befindet sich auf dem Wege der Besserung. Er hofft, Mitte Februar wieder an die Arbeit gehen zu können.

Eine von polnischen Sozialdemokraten einberufene, stark besuchte Versammlung in Berlin protestierte am Sonntag gegen den Zarismus und die preußische Polenpolitik. Genosse Haase sprach zunächst über das Thema „Soll Europa kosakisch werden?" und kritisierte scharf die Haltung der preußischen Polizei in den Fällen Kugel und Kalejew und bei den letzten Verhaftungen in Ostpreußen wegen Beihilfe zum russischen Hochverrat. Zum Schluß warnte er die Polen davor, aus Haß gegen Rußland den eigenen polnischen Reaktionären in die Arme zu laufen. Nachdem verschiedene Redner dem Redner zugestimmt hatten, sprach dieser weiter gegen den preußischen Hakatismus und dessen neueste Uebergriffe auf die Sprachfreiheiten in Volksversammlungen. Die Versammlung nahm schließlich einmütig zwei lange Resolutionen an, in denen die hakatistischen Pläne als „Gewaltakte gebrandmarkt" und die Dienste verurteilt werden, welche die preußische Regierung „den mit dem Blute der Rußland bewohnenden Völker befleckten russischen Schergen" erweise. Den italienischen Sozialdemokraten und Bebel wurde für ihren Kampf gegen den Zarismus Anerkennung ausgesprochen.

Jeder wird verurteilt. In Danzig stand der Vorsitzende des Hafenarbeiterverbandes, Schiborr, der sich zurzeit in Untersuchungshaft befindet, vor dem Schöffengericht. Er sollte sich eines gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs dadurch schuldig gemacht haben, daß er mit einem Freunde zusammen auf das Deck eines Schiffes gegangen sei und dort an die arbeitenden Hafenarbeiter Handzettel, in denen sie zu einer Versammlung eingeladen wurden, verteilt hatten. Ein Kapitän habe Schiborr das Verteilen sofort untersagt und ihn aufgefordert, vom Schiffe zu gehen. Dieser habe aber erst die Zettel verteilt und sei dann gegangen. Schiborr habe das Verbot nicht ernst genommen, da es überall gestattet sei, auf das Deck eines Schiffes zu gehen. Der Amtsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte widerrechtlich an Bord eines Dampfers gedrungen sei und dort die Arbeiter aufgewiegelt habe, für Schiborr 3 Monate Gefängnis. Der Verteidiger wies darauf hin, daß der Amtsanwalt das politische Moment gewaltsam herbei zerre, um die Sache aufzubauschen. Er habe von Aufwiegeln gesprochen, nur um das Gericht tendenziös zu beeinflussen. Das Reichsgericht habe in Band 13 seiner Entscheidungen ausdrücklich erklärt, daß ein Schiff weder ein Wohn- noch ein Geschäftsraum, noch ein umfriedetes Besitztum sei. Daher könne auf einem Fahrzeuge ein Hausfriedensbruch überhaupt nicht verübt werden. Die Schiffsräume habe Schiborr nicht betreten, sondern sich nur auf dem Deck aufgehalten, er müsse also freigesprochen werden. Entrüstet rief darauf der Amtsanwalt, wenn man den Ausführungen des Verteidigers folgen wollte, dann müßte Schiborr nicht nur freigesprochen, sondern, natürlich nicht von uns, von den Sozialdemokraten noch extra prämiiert werden. Das Urteil für Schiborr lautete auf eine Woche Gefängnis wegen einfachen Hausfriedensbruchs. Nach Ansicht des Gerichts sei das Deck des Schiffes, auf dem Schiborr sich befunden habe, kein Geschäftsraum, aber das Schiff sei die Wohnung der Mannschaften und des Kapitäns. Deshalb war Schiborr zu verurteilen. Eine recht eigenartige Begründung!

Aus Nah und Fern.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Kaiserbeleidigung verhandelte die Strafkammer in Braunschweig gegen den Arbeiter Hesse. Ein Arbeiter Grigat, mit dem der Angeklagte in Zerwürfnis geraten ist, hat ihn zur Anzeige gebracht. Das Urteil lautete auf Freisprechung, weil es das Gericht bedenklich fand, auf die alleinige Aussage des mit Hesse verfeindeten Zeugen Grigat den Angeklagten zu verurteilen. — Wegen Kaiserbeleidigung in zwei Fällen wurde der Kaufmann Dreckmann aus Bielefeld von der Strafkammer in Bremen zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 2½ Jahre Gefängnis beantragt. — Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Bayreuth der Tüncher Raithel zu 2½ Monaten Gefängnis verurteilt. Die Anklage wurde erhoben auf Grund einer gemeinen Denunziation, die ein Wirt seinem Gaste gegenüber beging. Am 30. August v. J. kam der Tüncher Baptist Raithel in die Hübnersche Wirtschaft in der Wörthstraße zu Bayreuth. Von anwesenden Gästen, darunter auch einigen Bauern, wurde ein politisches Gespräch geführt, in das sich auch Raithel einmischte. Es wurden die Knebelungsversuche im deutschen Reichstage, die Kruppaffäre, Kaiserreden, sowie das Verhalten des Reichstagspräsidenten einer eingehenden Besprechung unterzogen. Dabei soll Raithel das Vorgehen Ballestrems als feig bezeichnet haben. Im weiteren kam es zwischen Raithel und dem Bäckermeister Pöhlmann zu einer Auseinandersetzung wegen der Verhältnisse der Bäckergehülfen in Bayreuth, wobei Pöhlmann den Raithel einen „saudummen Lackel" nannte, während R. den P. „Schnauferla" titulierte. Es kam zum Handgemenge. Raithel, in Notwehr, nahm einen Stock und versetzte Pöhlmann einen Schlag über den Kopf. Gastwirt Hübner hatte nun nichts Eiligeres zu tun, als eine angebliche Aeußerung Raithels, die dieser im Verlauf der Unterhaltung über den deutschen Kaiser gemacht haben soll, zur Kenntnis der Behörde zu bringen. Ebenso erfolgte wegen der Affäre, die Raithel mit Pöhlmann hatte, gegen R. eine Anzeige wegen Körperverletzung. In der Verhandlung bekundeten mehrere Zeugen, die bei der Affäre in der Wirtschaft anwesend waren, daß sie von der inkriminierten Aeußerung nichts gehört hätten bezw. die betreffenden Worte nicht in dem vom Hübner angegebenen Zusammenhange gebraucht worden. Nur der Zeuge Bäckermeister Vogel sagte aus, er glaube, daß Raithel die betreffenden Worte im Zusammenhange gebraucht hatte, bestimmt behaupten konnte er es auch nicht.

Durch ein Gerichtsurteil der Strafkammer Potsdam ist die Oeffentlichkeit der Reichstagswahl in Frage gestellt worden. Unser Parteigenosse, der Maurer Zimmermann aus Eiche, hatte sich wegen Hausfriedensbruchs zu verantworten. Vom Schöffengericht war er dieserhalb zu 3 Mk. Geldstrafe eventl. 1 Tag Gefängnis verurteilt, wogegen er Berufung eingelegt hatte. Am 25. Juni, als die Stichwahl zwischen dem konservativen Kandidaten Tischlermeister Pauli und unserm Parteigenossen Rechtsanwalt Dr. Liebknecht stattfand, war Zimmermann als sozialdemokratischer Vertrauensmann beauftragt, in dem Dorfe Golm bei Potsdam die Feststellung des Wahlresultats zu kontrollieren. Das Wahllokal befand sich im Schulzeschen Gasthof, woselbst in der Mitte des Saales der von allen Seiten zugängliche Tisch des Wahlvorstandes stand. Der Gemeindevorsteher Schweingruber wurde nun, als er die Wahlzettel verlas, von Wählern umringt, welche laut die Namen mit verlasen. Dies störte ihn und er forderte deshalb die Umstehenden auf, drei Schritte zurückzutreten, was auch geschah. Der Angeklagte hatte diese Aufforderung nicht gehört und trat deshalb wieder hinter den Stuhl des Wahlvorstehers, welcher ihn nun gewaltsam zurückdrängte und ihn aufforderte, das Wahllokal zu verlassen. Die Parteigenossen des Angeklagten zogen ihn zurück, er aber erklärte dem Wahlvorsteher, daß er dasselbe Recht habe im Saale zu verbleiben wie dieser und blieb alsdann im Wahllokal, worauf das Wahlresultat anstandslos festgestellt wurde. Das erste Urteil hatte dem Wahlvorsteher, trotzdem die Oeffentlichkeit der Wahl gesetzlich feststeht, das Recht zugestanden, Personen, welche die Ordnung im Wahllokal stören, wie dies der Angeklagte getan, hinauszuweisen. Von der Verteidigung wurde dagegen geltend gemacht, daß Zimmermann vollberechtigt im Wahllokal verweilt habe und der Wahlvorsteher allein nicht berechtigt war, ihn hinauszuweisen. Der Gerichtshof bestätigte aber das erste Urteil.

Wie notwendig die Entschädigung unschuldig verhafteter und nicht nur der unschuldig verurteilter Personen ist, zeigt folgender Fall einer ungerechtfertigten Verhaftung, die mit Freilassung und Außerverfolgungsetzung des Beschuldigten endete. Ein Herr R. in Berlin lernte im Jahre 1900 ein Mädchen namens Kerpf kennen, welches unter dem Namen „Lucie" den Besuchern von Nachtcafés und nächtlichen Tanzlokalen bekannt war, sodann auch als Kellnerin im „Sportsman" und der „Feschen Radlerin" tätig war. Sie machte den Eindruck einer etwa 25jährigen, tatsächlich zählte sie aber noch nicht 18 Lenze. Die Beziehungen zwischen beiden, die sich damals nur einige Male trafen, wurden erst im Jahre 1902 engere. R. wollte damals als Monteur nach England reisen und wurde von der K., die ihm hoch und heilig versicherte, sie sei über 21 Jahre alt, gebeten, sie nach England mitzunehmen, weil sie sich dort eine Stellung suchen wolle. Das Paar lebte ungefähr ein Jahr in London und kehrte vor kurzem nach Berlin zurück. Der nichtsahnende Herr R. wurde hier eines Tages plötzlich verhaftet und erfuhr nun zu seinem Erstaunen, daß gegen ihn eine Strafverfolgung wegen Entführung einer Minderjährigen eingeleitet worden sei. Vom 28. Oktober bis 9. November 1903 war Herr R. in Untersuchungshaft, dann wurde er entlassen. Es stellte sich nämlich heraus, daß überhaupt ein gültiger Strafantrag nicht vorlag. Die Anzeige war seitens der Mutter der K. erstattet worden, diese aber besaß kein Recht zur Stellung eines Strafantrages, da der Vater der K. noch am Leben war. Dies hatte der die Verhaftung verfügende Richter übersehen. Wer entschädigt nun Herrn R. für die materiellen und ideellen Folgen seiner Verhaftung.

Von einem klugen Bäuerlein wird vom „Elsaß-Lothr. Morgenblatt" folgendes drollige Geschichtchen erzählt. Unser Held war in Basel zu Markt gegangen und hatte sich von dem Erlös seiner Waren allerhand schöne Dinge, wie Zigarren, Fleisch und Würste gekauft, die er in seinem Wägelchen versorgte. Als er nun vor der Heimfahrt sich noch an einem Gläschen gütlich tat, eignete sich eine Eierhändlerin aus Attenschweiler die köstlichen Sachen an und verschwand. Als das Bäuerlein seinen Wagen leer fand, stieg ein furchtbarer Racheplan in seiner Seele auf. Er begab sich zum Burgfeldener Zollamt und zeigte die mit den Sachen ahnungslos vorbeikommende Frau an. Blutgierig stürzten sich nun die Zollbeamten auf diese und 2,80 Mk. waren das Ergebnis ihrer Bemühungen. Jetzt führte das Bäuerlein den Hauptschlag aus. Er stellte sich jenseit des Zollamts auf Wache und nahm der erschrockenen Attenschweilerin die verzollte Ware ab. Die Eierhändlerin soll kein überschlaues Gesicht gemacht haben, desto mehr freute sich das Bäuerlein über den ersparten Zoll.

Auf den deutschen Eisenbahnen — ausschließlich der bayrischen und der Bahnen mit weniger als 50 Kilometer Betriebslängen — sind im November v. Js. elf Entgleisungen auf freier Bahn (davon vier bei Personenzügen), 19 Entgleisungen in Stationen, (davon 2 bei Personenzügen), fünf Zusammenstöße auf freier Bahn (davon 4 bei Personenzügen), 25 Zusammenstöße in Stationen (davon 11 bei Personenzügen) vorgekommen. Dabei wurden drei Bahnbedienstete getödtet, 23 Reisende, 18 Bahnbedienstete, 2 Postbeamte und 1 fremde Person verletzt.

Das Drama am Telephon. Die schauerliche Verwirklichung eines Dramas, das unter dem Titel „Am Telephon" vielfach über deutsche Bühnen gegangen ist, erlebte der Schauspieler George Hartsock in Minneapolis. Das Telephon klingelte, und, nachdem er den Hörer abgenommen hatte, erkannte er die Stimme seines Freundes James Garfield, eines Schauspielers, der zu ihm sagte: „Bleibe mal einen Augenblick am Telephon und paß auf." Hartsock hörte dann, wie Garfield mit seiner Frau sprach, und wie die Frau ihren Mann innig bat, ihr das Leben zu lassen. Er glaubte, das Ehepaar lerne seine Rollen in einem neuen Stück. Garfield grüßte noch leichthin durch das Telephon, aber dann hörte Hartsock den Knall eines Revolverschusses, dem ein erschütternder Schrei folgte, dann einen zweiten Schuß und ein tiefes Stöhnen und ein dumpfes Geräusch, als sei ein schwerer Gegenstand auf den Fußboden gefallen. Hartsock stand wie erstarrt. Im ersten Augenblick wollte er um Hülfe rufen, mechanisch bewegten sich seine Lippen, aber die Sprache versagte ihm. Endlich raffte er sich zusammen, setzte wieder das Telephon in Bewegung und rief die Polizei an, um ihr mitzuteilen, was vorgefallen war. Sofort wurden mehrere Polizisten in Garfields Wohnung entsandt. Nachdem sie gewaltsam die Tür erbrochen hatten, fanden sie Frau Garfield mit zwei Kugeln in der Stirn tot auf dem Fußboden liegen, neben ihr gleichfalls tot ihren Gatten. Garfield war selbst in dem oben erwähnten Stück „Am Telephon" worin ein Mann von seiner Frau, als Einbrecher eindringen, durch das Telephon angerufen wird und aus der Ferne hört, wie seine Frau ermordet wird, aufgetreten und scheint unter dem Einfluß plötzlicher geistiger Umnachtung infolge Ueberanstrengung auf den Gedanken gekommen zu sein, das Drama, in welchem er auf der Bühne die Hauptrolle gespielt hatte, ins Leben zu übertragen.

Zu Hause angekommen, machte ihnen die Mutter allerdings Vorwürfe, daß sie so lange geblieben, aber deren Aufmerksamkeit lenkten die beiden jungen Damen rasch durch die mitgebrachten Tücher ab, wobei sie der Mutter gegenüber ihren Herzen keinen Zwang antaten und sich in voller Begeisterung über ein solches Geschenk aussprachen. Sie erklärten auch beide, daß sie fest entschlossen wären, die Tücher nicht zu tragen, denn zum „öffentlichen Skandal" wollten sie wahrhaftig nicht in der Stadt herumlaufen.

Die gnädige Frau von Klinzebruch, die ihnen im Herzen freilich recht gab, aber doch auch die Klugheit nicht aus den Augen setzen wollte, hatte nur Mühe, die Töchter zu beschwichtigen. Sie waren ja nun doch einmal von der ihnen überhaupt fremdlich gesinnten Tante abhängig, sie durften den Vater nicht zu sehr kränken und — ewig konnte es ja auch nicht mehr dauern.

Ilsa benutzte dann noch einmal die Gelegenheit, um ihre Meinung über das „scheußliche Zeug", den Pinscher, auszusprechen. Den hielt sich die Tante doch nur einzig und allein zu dem Zweck, um andere Menschen damit zu ärgern. Auf den verschwendete sie ihre Liebe, und ihre Nichten benutzte sie nur dazu, um Galle und Bosheit an ihnen auszulassen — die liebe Tante.

Ilsa, das kleine, sanfte Wesen, war so heftig gewesen, daß ihr die Tränen in die Augen traten. Mitten in dem Schmerze dachte sie aber trotzdem an ihr beschädigtes Kleid. Sie mußte es gleich mit einem andern vertauschen, und dann wurde das Mädchen herangerufen und ihm befohlen, es augenblicklich zu der oben im Hause wohnenden Näherin zu tragen, die es aber auf der Stelle und recht gut reparieren und nähen, und zwar noch heut Abend, herunterbringen sollte. „Sag' Du ihr nur, das gnädige Fräulein brauche es unbedingt, und sie möge sich ein bißchen dran halten."

10.

Kleine Ursachen.

Am nächsten Tage waren die gewöhnlichen Gäste wieder bis zur Mittagsstunde in Baumann's Restauration gewesen, auch der Amerikaner mit seinem Schwager. Als diese aber das Lokal verließen, schloß sich ihnen Hauptmann von Dürrbeck an, und sich zu Mr. Hummel wendend, sagte er:

„Entschuldigen Sie, mein Herr, wenn ich als Fremder eine Frage an Sie richte — mein Name ist Hauptmann von Dürrbeck."

„Sehr angenehm, Herr Hauptmann," sagte Herr Hummel, „Ihre Bekanntschaft zu machen. Ich heiße Philipp Hummel" — und dabei nahm er seine Hand und schüttelte sie kräftig — „und was wollen Sie fragen?"

„Sie waren, wie ich neulich gehört habe, lange in Amerika?"

„Yes," erwiderte der Mann, indem er seinen Tabakssaft gegen das nächste Haus spritzte, „habe mich einen guten stretch drin herumgetrieben."

„Sie kennen das Land genau?"

„Wie meine eigene Tasche."

„Die Sache ist einfach die," fuhr der Hauptmann fort, während er mit den beiden Herren die Straße hinabschritt: „ein Verwandter von mir, ein junger Offizier, dem die Verhältnisse hier nicht mehr zusagen, möchte seinen Abschied nehmen und nach Amerika auswandern. Wir haben natürlich mit allen Kräften versucht, ihm die Idee auszureden; aber er hat sich einmal auf den Gedanken verbissen und ist nicht mehr davon abzubringen. Wohin raten Sie ihm da, sich zu wenden, und glauben Sie überhaupt, daß er dort sein Fortkommen finden wird?"

Mr. Hummel hatte indessen sein Pfeifchen fleißig im Munde hin und her gedreht, jetzt spuckte er wieder aus und sagte: Well; wenn Sie mich um meine Meinung fragen, so kalkuliere ich, daß Sie doch die volle Wahrheit hören wollen."

„Ich bitte Sie eben darum."

„Of course, ja, dann seh'n Sie, wenn er da meinem Rat folgen will, so bleibt er lieber hier in Germany und läßt da drüben Amerika in Frieden."

„Und weshalb, wenn ich fragen darf? Sie müssen mich entschuldigen, aber ich nehme reges Interesse an dem jungen Manne und bin selbst entschieden gegen seine Auswanderung."

„Und da haben Sie Recht," sagte Herr Hummel; „junge Offiziere, ob sie nun adelig sind oder nicht, passen da nicht hinüber. Sie kommen mit einem heap von fremden Ideen in das Land, Jagd ist ihr hauptsächlichster Gedanke — wenn es nicht anders geht, leben wir von der Jagd, sagen sie, im freien, herrlichen Wald — of course, — und wenn sie nachher in die richtigen swamps hinein geraten, wo es allein noch was zu schießen giebt, und stecken dann bis an den Hals im Schlamm, dann kriegen sie's Heimweh und schimpfen auf Amerika."

„Aber — mein junger Freund ist kein leidenschaftlicher Jäger."

„Das ist just the same thing," sagte der Amerikaner, „eben so schlimm, dann muß er arbeiten, wenn er sich am Leben erhalten will."

„Dazu ist er allerdings willig."

„Yes, of course. Alle, so lange sie noch hier sind. Was sich die Herren aber hier unter Arbeit denken, giebts da drüben nicht. Uebrigens kann er die Probe schon hier an sich machen, ob er wirklich willens ist, dort drüben so zuzugreifen, wie er wirklich zugreifen muß, wenn er nicht hungern will."

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck